JAHRESBERICHT 2019/20

ATLANTIK-BRÜCKE

Die Atlantik-Brücke

Die transatlantische Zusammenarbeit ist und bleibt gerade in schwierigen Zeiten ein entscheidender Faktor für die globale Ordnung und Stabilität. Jetzt, da nationalistische Strömungen weltweit an Zuspruch gewinnen, sieht sich die Atlantik-Brücke umso mehr ihrem Auftrag verpflichtet, den Dialog zwischen Deutschland, Europa und Amerika auf allen Ebenen und jenseits der Parteilinien zu vertiefen. Sie setzt sich für Multilateralismus, offene Gesellschaften und freien Handel ein.

Programme

KONFERENZEN

Die Atlantik-Brücke veranstaltet eine Reihe von Konferenzen zu wirtschafts- sowie außen- und sicherheitspolitischen Themen, an denen hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus der deutschen und amerikanischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, den Medien und den Streitkräften teilnehmen.

VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

Mit hochkarätigen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen bietet die Atlantik-Brücke ihren Mitgliedern und externen Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine Plattform für einen intensiven, geschützten Austausch über aktuelle transatlantische Themen.

WORKSTREAMS

Mit diesem Format fokussiert die Atlantik-Brücke ihre inhaltliche Arbeit auf die Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Finanzen und Märkte, Gesellschaft sowie Digitalisierung. Vier Komitees, geleitet von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke, binden die Erfahrung und Expertise der Mitglieder ein und regen eine interdisziplinäre und lösungsorientierte Debatte an.

REGIONALGRUPPEN

Mit den Regionalgruppen werden die Netzwerke der Atlantik-Brücke-Mitglieder bundesweit und auf der anderen Seite des Atlantiks gestärkt. Kulturelle Veranstaltungen stehen ebenso auf dem Programm wie politische und wirtschaftliche Themen. Die Regionalgruppen werden von Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke geleitet.

STUDIENREISEN

Die transatlantischen Beziehungen leben vor allem von der persönlichen Begegnung. Einmal jährlich organisiert die Atlantik-Brücke deshalb Delegationsreisen in die USA. Im Austausch mit Politikern, Journalistinnen, Thinktank- und Wirtschaftsvertretern bekommen die Mitglieder fundierte Informationen aus erster Hand. Auch deutschen und amerikanischen Lehrkräften ermöglicht die Atlantik-Brücke ein intensives Kennenlernen der USA bzw. Deutschlands: Mit Studienreisen auf die jeweils andere Seite des Atlantiks fördert sie das Wissen dieser wichtigen Multiplikatorengruppe.

YOUNG LEADERS-PROGRAMM

Das Young Leaders-Programm identifiziert und vernetzt exzellente deutsche und amerikanische Nachwuchsführungskräfte. Der intensive Austausch schafft dauerhafte berufliche und persönliche Verbindungen und verankert den transatlantischen Dialog in der nächsten Generation.

Jahresbericht 2019/2020 der Atlantik-Brücke

Magnus-Haus

Sigmar Gabriel

David Deißner

„Keiner schafft den Weg aus dieser Krise allein“

Der transatlantische Zusammenhalt war nie wichtiger als jetzt. Aber selten war er schwieriger herzustellen.

Das Coronavirus hat die Welt in eine Krise ungeahnten Ausmaßes gestürzt. Schon heute ist klar: Wir müssen uns auf ein „new normal“ gefasst machen, nicht nur in Bezug auf Fragen der Hygiene und Ansteckungsvermeidung im täglichen Miteinander. Auch die politischen und ökonomischen Auswirkungen der Pandemie werden uns auf Jahre beschäftigen. In den internationalen Beziehungen ist das Virus nicht der Grund für Konflikte, es wirkt jedoch als Verstärker bestehender Rivalitäten und lässt politische Versäumnisse deutlich zutage treten. Die Risse, die das transatlantische Verhältnis in den letzten Jahren bekommen hat, gefährden das Fundament der Weltordnung. Rufe nach Abschottung und nationalem Egoismus hallten gleich zu Beginn des Shutdowns gespenstisch durch die leeren Straßen beiderseits des Atlantiks. Doch wer denkt, allein einen Weg aus der Krise finden zu können, sitzt einem Irrglauben auf.

Seit dem Beginn der Corona-Krise hat die Atlantik-Brücke Politikerinnen und Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmerinnen, Gesundheitsexperten und Journalistinnen in Europa und den USA per Videokonferenz und Telefonschalte zusammengebracht, um über den Umgang mit der Pandemie und die Zeit danach zu sprechen. Eine Botschaft war eindeutig: Die Antwort auf die Krise kann nur eine globale sein.

Internationaler Zusammenhalt, das wird in diesen Tagen ganz klar, ist keine Sonntagsredenfloskel. In einem weltweiten Ausnahmezustand, der das Überleben von Menschen ganz unmittelbar gefährdet, der auch ganze Volkswirtschaften und Nationen in Bedrängnis bringt, ist er entscheidend. Menschlichkeit und Mitgefühl gebieten, denen zu helfen, die Hilfe brauchen. Es liegt aber auch in unserem eigenen Interesse, der Verheerung durch das Virus Einhalt zu gebieten und Stabilität und Sicherheit weltweit zu unterstützen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye erinnerte im Gespräch mit uns daran, dass diese Maxime in der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik fest verankert ist: “People like Roosevelt, Truman or Eisenhower, they defined American interests, but they also defined them in ways that included others. So, you had something like the Marshall Plan, which was obviously good for America but was good for Europe at the same time.”

„Der Westen“ ist nicht mehr die enge Gemeinschaft, die er – nicht zuletzt dank des Marshallplans – einmal war. Das ist schon seit geraumer Zeit selbst für den optimistischsten Beobachter offensichtlich. Dabei sind die Werte, die uns verbinden, keineswegs selbstverständlich. Angesichts des Erstarkens autoritärer Staaten wird einmal mehr deutlich, dass Freiheit und Demokratie immer wieder erstritten werden müssen. Und die Notwendigkeit von Allianzen ist nicht kleiner geworden.

Eines ist gewiss: Dort, wo wir selbst nicht helfen, wissen andere die Situation für das eigene Vorankommen zu nutzen. Das wird insbeson-

dere an Chinas Vorgehen deutlich. Peking bringt sich mit der Entsendung von Ärzteteams und medizinischen Gütern dort ostentativ als Global Player in Stellung, wo Europa und Amerika entweder zu unentschlossen agieren oder schon entschieden haben, dass von ihnen nichts zu erwarten ist. Dass diese Angebote nicht rein altruistischer Natur sind, dürfte wohl auch den Empfängern der Unterstützung klar sein – nicht erst, seit China seine Hilfen mit Forderungen verknüpft. Wenn China die eigene Einflusssphäre weiter ausbaut, kann das weder Europa noch den USA egal sein.

Amerika kann sich, entgegen den Behauptungen von Präsident Donald Trump, keinen Alleingang leisten. Denn wenn sich die USA aus der Verantwortung für internationale Belange zurückziehen, werden sie die Welt auch immer weniger gestalten können. Die Suspendierung von Zahlungen an die WHO (die, obgleich sie in ihrer Einschätzung des Coronavirus anfänglich gravierende Fehler gemacht hat, eine wichtige Kraft in der internationalen Bekämpfung der Pandemie ist), die beständige destruktive Kritik an der WTO, der Rückzug aus internationalen Institutionen wie dem UN-Menschenrechtsrat im Jahr 2018: All dies unterstreicht Amerikas Rückzug aus der Welt. Die Kampfansagen gen China stehen in einem eklatanten Gegensatz dazu, dass die USA gerade ihren Platz als Weltordnungsmacht zu räumen scheinen.

Und Europa? Europa blickt zu borniert auf eigene Probleme, um in diesem globalen Wettstreit eine Rolle zu spielen. Das hat die Krise noch einmal vor Augen geführt. Gerade Deutschland, dessen Erfolg zu einem nicht geringen Teil auf der Europäischen Union beruht, hat viel zu langsam und zögerlich Hilfe in anderen europäischen Ländern geleistet. Doch wenn wir andere hinter uns lassen und nur unser eigenes Fortkommen vor Augen haben, unterminieren wir die europäische Idee und damit letztendlich unsere eigene Glaubwürdigkeit. Denn nur ein geeintes Europa ist ein ernstzunehmender Akteur.

Doch was folgt nun? Wird im Zuge der Pandemie doch der Traum von Populisten und Nationalisten in aller Welt wahr: Die Globalisierung ist am Ende und alle kehren einander den Rücken und sind sich selbst am nächsten? Können wir so der Gefahren, die von außen drohen, Herr werden? Das kann nicht die Lösung sein. Die Globalisierung hat – bei allen mit ihr einhergehenden Tücken und Schwierigkeiten – zu weltweitem Wohlstandswachstum geführt. Die internationale Arbeitsteilung und den Handel zurückzunehmen, das wäre ein wahnwitziges Unterfangen, das die Welt ärmer, aber nicht sicherer machen würde.

Wie können wir also die Zusammenarbeit vorantreiben? Private Initiativen, wie sie unser Gastautor in diesem Jahresbericht, der ehemalige Google-CEO Eric Schmidt, etwa im Bereich Technologie vorschlägt, sind ein Anfang. Der Ausbau einer zukunftsfähigen und resilienten

digitalen Infrastruktur, welche die Wettbewerbsfähigkeit der westlichen Ökonomien sichert und zugleich auf freiheitlichen Grundwerten fußt, ist ein zentrales gemeinsames Anliegen der transatlantischen Partner. Kooperationen über den Atlantik hinweg, auch Hilfestellung, wo es geht, sind wichtig und richtig. Es gibt viele Europäerinnen und Europäer, Amerikanerinnen und Amerikaner, die wissen, wie entscheidend der Zusammenhalt ist.

Es muss aber gelingen, diese Bereitschaft auch auf politischer Ebene zu erzielen. Nur so kann die Krise bewältigt werden. Eine große Herausforderung bildet dabei die Suche nach einem transatlantisch-partnerschaftlichen Umgang mit China. Denn egal wie die US-Wahlen im November ausgehen: Hier besteht große Uneinigkeit. In den USA gibt es die parteiübergreifende Forderung, dass sich Europa unbedingt an den amerikanischen Interessen vis-à-vis China orientiert. Partnerschaft bedeutet nicht Gefolgschaft, ist die Botschaft Europas Richtung Washington. Zugleich erwarten die Vereinigten Staaten – zu Recht –, dass die Europäer aus industriepolitischen Erwägungen keine Zweifel daran aufkommen lassen, dass sie im westlichen Bündnis fest verankert sind – und dass sie bereit sind, die Widersacher der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung klar zu benennen.

Die Atlantik-Brücke wird den Austausch mit hochrangigen amerikanischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern weiter vorantreiben, auch jetzt, da transatlantische Reisen nicht möglich sind. Aus ihren Wohn- und Arbeitszimmern in Washington, San Francisco, New York und Chicago erläutern sie ihre Perspektiven auf das transatlantische Verhältnis, debattieren mit uns die Herausforderungen in der Krise und lassen den Gesprächsfaden nicht abreißen. Unseren Freundinnen und Freunden, unseren Young Leaders-Alumni und ganz besonders unseren Mitgliedern möchten wir an dieser Stelle herzlich danken, dass sie alle diesen wichtigen Austausch ermöglichen und mit Leben füllen.

Das letzte Wort soll Nicholas Burns haben, Harvard-Professor und ehemaliger Under Secretary of State, der in unserem Gespräch streng und zugleich optimistisch festhielt: “All of us across the globe have an interest in working together. We can do better than we’re doing now.”

Sigmar Gabriel
Vorsitzender der Atlantik-Brücke

David Deißner
Geschäftsführer der Atlantik-Brücke

Dr. Eric Schmidt
is the former CEO
and Executive
Chairman of Google

Technology and Revitalization of the Transatlantic Community

Faced with global disruption by the COVID-19 pandemic, the United States and Europe must reinvigorate the transatlantic community's sense of purpose. Both sides will benefit if they tackle technological innovation collectively right now. But will we have the courage to do so?

COVID-19 is the first time in a century we have experienced the same problem as a planet. In facing this problem, we can either join together or split apart. At the international level, collective action should begin with the transatlantic community. Our ties have long been a source of strength and innovation as the United States and Europe have navigated epochal changes in the past.

The urgent requirements of the pandemic must intensify and accelerate a joint U.S. and European commitment to exchanging ideas and developing technology for our common benefit and to advance our shared values. Yet I fear it could achieve the opposite.

The response to the pandemic – closing borders and shuttering economies – has strained many of the ties in the transatlantic community. Diverging decisions about how to employ and regulate technology for everything from contact tracing to countering misinformation about the virus could lock in lasting differences between Europeans and Americans.

Underlying technology tensions

It has been jarring to see the technology debate on both sides of the Atlantic shift from transatlantic to bloc and national rhetoric in terms of technology governance, industrial policy, and national security strategy over the past few years. The EU asserted it would restore its "technological sovereignty" and challenged the reach of tech companies in Europe. Its leaders touted a research cloud "being developed in Europe for Europe and for European researchers." The United States, meanwhile, initiated a full-court press to convince Europeans not to accept Huwei's 5G gear on security grounds, but many European states viewed the calculus between security and commercial interests differently. Perhaps this moment of crisis will galvanize a more collective transatlantic response. Crises tend to be great accelerators of technological innovation. Covid-19 is no exception.

> "The response to the pandemic has strained the ties in the transatlantic community."

Accelerated technology developments

Defeating the virus and reopening the world will depend on making sense of data and making risk-based assessments. At Schmidt Futures, a philanthropy I founded, we are convening more than 50 organizations in business, government, and philanthropy in seven working groups specifically to find and elevate new tech-based solutions to crisis response and rebuilding. We should grow this cooperation across the Atlantic.

Contact tracing
The pooling of transatlantic data on the virus paired with AI-based applications could help inform a strategy to restart transatlantic travel and some sectors of the economy. We have the technology to improve contact tracing, but employing it requires addressing legitimate concerns about privacy. Promising bluetooth-based contact tracing applications are being developed in Europe and the United States, including by Google and Apple. As transatlantic travel resumes, it will make little sense to have separate U. S. and European systems. We must use this experience to build the protocols and technologies to prepare the transatlantic community for any recurring waves of this virus and for the next biothreat.

Misinformation and tech's responsibility
The pandemic has demonstrated once again that social media platforms can amplify disinformation and contribute to the further fracturing of the transatlantic community. Social media companies – scorned in recent years for their slow reaction to terrorist propaganda, Russian disinformation, and now pandemic conspiracies – will play a central role in the survival of the transatlantic world.

The infrastructure for tele-everything
We are living in the era of tele-everything, some of which will endure after social distancing is over. We need a fully connected population and ultrafast infrastructure. 19 million Americans do not have any access to the Internet and likewise for around 10 percent of households in EU states.[1] U. S. and European governments must make significant investments – perhaps as part of stimulus packages – to convert digital infrastructure to cloud and link it with 5G networks.

Cloud computing
Given that the data and problems will be focused on open research and solving big societal problems, could a consortium of U. S. and European research institutes combine their effort, merge their datasets, and share computing power? Ongoing U. S.-EU talks on cloud computing cooperation should be prioritized and draw from examples of European initiatives with Japan, Brazil, and South Korea.[2]

---

[1] European Commission, "Digital economy and society statistics – households and individuals," updated on June 2019, ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Digital_economy_and_society_statistics_-_households_and_individuals

[2] European Commission, "International cooperation on cloud computing," updated on October 4, 2019, ec.europa.eu/digital-single-market/en/international-cooperation-cloud-computing

A shared approach to China

A collective decision about the depth and nature of technology collaboration with China built on shared principles is in the interest of Europe and the United States, and ultimately China. U.S. and EU research institutions should learn from each other and adopt similar standards for handling risks from collaborations with Chinese partners. A recent Mercator Institute study highlighted expanding Chinese R&D collaborations in Europe, some of which may raise tech transfer concerns that impact security and economic competitiveness.[3] U.S. institutions have been dealing with similar concerns, and MIT and others have implemented heightened scrutiny measures. The same principle applies to investment screening. The EU adopted a foreign investment screening regulation in 2019 that member states are expected to implement by October 2020. Officials on each side of the Atlantic could learn from one another as European nations develop and enforce their screening measures.[4]

> "A collective decision about technology collaboration with China is in the interest of Europe and the United States."

Conclusion

We still have a choice of whether to allow the pandemic to intensify differences or bridge them. The United States and Europe share the same core principles – including commitments to individual liberty and privacy – even if they both continue to arrive at different policy and governance decisions about what that means for integrating technology into society and the economy.

The United States and Europe navigated past eras of global disruption – in 1945, 1989, and 2008 – and emerged with a stronger commitment to transatlantic integration and common values. We must make that the overriding objective for this crisis too. Responding to the pandemic, rebuilding the economy, and recommitting to shared values will reinvigorate the sense of purpose that the transatlantic community has collectively lost. It will prepare us for the next pandemic and plant the seeds for the rebirth of a wider world shaped and led by the West.

---

[3] Mercator Institute for China Studies, "Chinese FDI in Europe: 2019 Update," updated on April 4, 2020, www.merics.org/en/papers-on-china/chinese-fdi-in-europe-2019?utm_source=Newsletter&utm_medium=Email&utm_campaign=Chinese%20FDI%20in%20Europe%202019%20Update

[4] European Commission, "Screening of foreign direct investment," updated on March 25, 2020, trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2006

Das Jahr bei der Atlantik-Brücke

Auf Basis von Werten die Welt zusammen gestalten

Auf der Deutsch-Amerikanischen Konferenz der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany forderten Expertinnen und Experten von beiden Seiten des Atlantiks, die aktuellen Differenzen zu überwinden.

„Strengthening Transatlantic Resilience in Uncertain Times" – so lautete der Titel der Deutsch-Amerikanischen Konferenz der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany (ACG). Nachdem Friedrich Merz, damals Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Botschafter John B. Emerson, Vorsitzender des ACG, die Konferenz eröffnet hatten, legte Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer ersten transatlantischen Grundsatzrede als CDU-Vorsitzende dar, was es zu erhalten gilt: „Die Atlantik-Brücke steht für eine Haltung, die sich für Multilateralismus, freien Handel und offene Gesellschaften einsetzt." Die Vereinigten Staaten und Europa müssten starke Partner bleiben, wenn „unsere Werte weiterhin die Welt mitprägen sollen".

Um die Zukunft westlicher Demokratien ging es im Gespräch zwischen Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, und Charles A. Kupchan, Senior Fellow des Council on Foreign Relations. Beide sprachen sich dafür aus, am freien und fairen Handel festzuhalten, ohne die eigene Wirtschaftsmacht als Waffe zu benutzen.

Die wirtschaftliche Seite der transatlantischen Kooperation betonte auch der stellvertretende Finanzminister der Trump-Administration, Justin Muzinich: „Diese Partnerschaft ist entscheidend für den Wohlstand unserer Länder." Um das wirtschaftliche Niveau ausbauen zu können, müssten die USA und die EU das internationale Steuersystem fairer gestalten, indem Steuern dort erhoben werden, wo Wertschöpfung stattfindet.

Wie wird die transatlantische Partnerschaft 2020 aussehen? Diese Frage stellte der ehemalige Außenminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel in den Mittelpunkt seiner Keynote. Gabriel bemerkte, dass die globale Machtachse eine tektonische Verschiebung erfahre: „Der Atlantik ist nicht mehr das natürliche Gravitationszentrum der Welt." Deutschland müsse die europäische Einigkeit stärken, ohne das transatlantische Verhältnis zu vernachlässigen.

oben
Andreas R. Dombret,
Justin Muzinich

unten
Annegret Kramp-
Karrenbauer

oben
Ludwig Leinhos,
Norbert Röttgen

unten
Peter Strüven,
Franziska von
Ungern-Sternberg

oben
Die Konferenz im
AXICA-Kongresszentrum

mitte links
Sigmar Gabriel

mitte rechts
Gespräche während
einer Konferenzpause

unten links
Richard Kühnel,
Kate Kalutkiewicz,
Edward Alden,
Godelieve
Quisthoudt-Rowohl,
John Lipsky

unten rechts
Friedrich Merz,
Annegret Kramp-
Karrenbauer

oben
John B. Emerson,
Tina Hassel,
Friedrich Merz

unten
David Deißner

oben
John Lipsky,
Susan Glasser,
Kate Kalutkiewicz,
Norbert Röttgen

unten
Ludwig Leinhos,
Carl Amendola,
Charles A. Kupchan,
Godelieve
Quisthoudt-Rowohl

Gabriel folgt auf Merz

Die Mitglieder der Atlantik-Brücke wählten auf der Mitgliederversammlung 2019 einen neuen Vorstand.

„Das Verhältnis zu den USA ist nicht besser oder schlechter, als wir es seit den 50er-Jahren gewohnt sind, sondern schlicht anders“, konstatierte der ehemalige Außenminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel auf der Mitgliederversammlung der Atlantik-Brücke. Um in diesem Verhältnis neue Impulse zu setzen, sei die Atlantik-Brücke genau das richtige Forum.

Mit seiner Rede stellte sich Gabriel den Mitgliedern als Kandidat für den Vorsitz der Atlantik-Brücke vor. Die Mitglieder wählten ihn als Nachfolger von Friedrich Merz, der das Amt des Vorsitzenden zehn Jahre lang innehatte. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Bundesminister a. D. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU), und Professor Dr. Michael Hüther, Direktor und Präsidiumsmitglied des Instituts der Deutschen Wirtschaft, gewählt. Auch den erweiterten Vorstand wählten die Mitglieder.

Friedrich Merz bedankte sich bei den Mitgliedern und dem Vorstand für die gute Zusammenarbeit: „Es war mir eine große Freude und Ehre, zehn Jahre Vorsitzender der Atlantik-Brücke zu sein. Dabei ist eines immer wieder deutlich geworden: Das transatlantische Verhältnis ist mehr als Handelspolitik, mehr als ein sicherheitspolitisches Bündnis. Es ist eine Wertegemeinschaft, in der wir auch unsere Interessen vertreten müssen. Dafür einzustehen, ist keine leichte, aber eine wichtige Aufgabe. Meinem Nachfolger Sigmar Gabriel und seinem Vorstand wünsche ich dabei viel Erfolg.“

Im Anschluss an die Sitzung kamen die Mitglieder im Garten des Magnus-Hauses zu einem Barbecue zusammen.

oben
Friedrich Merz,
Sigmar Gabriel

unten
Andreas R. Dombret,
David Deißner,
Friedrich Merz,
Edelgard Bulmahn,
Burkhard Schwenker

oben links
Sigmar Gabriel

oben rechts
Friedrich Merz

mitte links
Friederike von
Tiesenhausen Cave,
Benjamin Vogt

mitte rechts
Thomas Matussek,
James von Moltke,
Jürgen Fitschen

unten
Miren Faucon,
Isabel Poensgen

oben
Kai Diekmann

unten
Friedrich Thelen,
Marie-Christine
von Hahn,
Torsten Oltmanns

Jana
Hecker

Friederike von Tiesenhausen Cave,
Jana Hecker,
Iris Bleck,
Anahita Thoms,
Angelika Gifford

oben
Robin Tech,
Omid Nouripour

unten
Sigmar Gabriel
im Gespräch
mit Atlantik-Brücke-
Mitgliedern

oben
Yumi Fujisaki-Bunsen,
Christian Bunsen,
Peter Neumann

unten
Im Garten des
Magnus-Hauses

“Passing Storm or Tectonic Shift?”

45 Young Leaders from the U. S. and Germany came together for a week of discussion on transatlantic issues in Queenstown, Maryland. On a political level, this year’s cross-sectoral group observed a more volatile transatlantic relationship than previous ones. In times of rising nationalism and populism, the issues at stake were emotional, the debates heated. The bonds forged, however, show just how strong our connection is on a fundamental level.

von Caroline Naumann und Selma Stern

70 years after the founding of NATO, many areas of debate between the U. S. and Germany are not new, but the domestic and global context is. At home, both countries are seeing a rise in right-wing populism. Globally, the maelstrom created by the simultaneous rise of China, Russia’s geopolitical shift, technological progress, increased global mobility, and climate change produces a complex new reality.

Sustaining security cooperation in the face of mutual threats

Global security was a salient theme throughout the conference. Julie Fisher, Deputy Assistant Secretary, Bureau of European and Eurasian Affairs at the U. S. Department of State gave an overview of the U. S. perspective, and experts from the Hudson Institute, the German Marshall Fund of the United States, and the Center for American Progress provided deep insight into a variety of viewpoints. The conversation with Ambassador Emily Haber was a highlight of the conference and illustrated the German approach to foreign policy.

Virtually all discussions touched on Germany’s spending on its military. All NATO members have committed to spending two percent of their GDP on defense. Germany’s defense budget, albeit growing, is not as significant as the U. S. and other NATO partners want it to be. Although this debate predates the Trump administration, the tone has become harsher in recent years.

The “the two percent debate” is more a discourse problem than a substantial policy problem. Foreign policy interests are, arguably, even more aligned than previously. Working-level relations between both sides are strong, as Colonel Terry Anderson, Associate Professor at the National War College, explained. Threat assessments vary, but there is

oben links
Philipp Amthor

oben rechts
Prane Wang

mitte rechts
Terry Anderson,
Christian Hannemann,
T.R. Buchanan

unten
Die Young Leaders bei
einer Panel-Diskussion

significant common ground given the rise of China, Russia, and various non-state actors challenging our way of life in "the West".

Facing the facts – and perceptions

Mutual perceptions of Germany and the U. S. are focused on the negative. The Trump administration's retreat from several international treaties coupled with the confrontational tone coming from Washington feeds into a German perception of the United States as being a global bully. On the other hand, Washington perceives Germany as being tight-fisted, somewhat naive vis-à-vis Russia, and unreliable in terms of its defense commitments.

The group came to the conclusion that dialogue is of utmost importance in the current situation. However, social media as a forum has both positive and negative impacts. The algorithms behind Facebook, Twitter et al. aim to reach users likely to agree with the stated views and not to bring together varied perspectives.

Complicating matters further is the global trend of deliberately misleading information. Deep fakes (realistically altered digital content) are on the rise, and studies have found that there is a 70 percent higher likelihood that people retweet falsehoods than facts (MIT fake news study, March 2018).

Breaking out of the echo chamber

Discussions highlighted that the public perception of the U. S.-German relationship, as well as knowledge about foreign policy, should be strengthened through communication at the local level, be it through social and traditional media or old-fashioned "coffee and cake" events.

The Young Leaders also worked on a range of other issues, including migration, gender and identity, the rise of populism, and the future of the media industry in an age of digitization. Experts such as Elmar Theveßen, Washington Bureau Chief of ZDF, and Jan Philipp Burgard, U. S. Correspondent & Deputy Bureau Chief of ARD, helped the group understand the key challenges media professionals are navigating today. The group's visit to Lockheed Martin shed light on controversial aspects of international trade and security.

Conclusion

Despite public perception and strained diplomatic rhetoric, nearly every discussion highlighted the common values, trends, and threats shared by the U. S. and Germany. Across the board, speakers noted that "working-level" interaction remains quite strong and was not as impacted by recent tensions as had been feared. This enforces the belief that with stronger ties between individual actors, short-term political tensions will do less lasting harm to our transatlantic alliance. This year's Young Leaders are hopeful that this transatlantic storm will pass.

oben links
Emily Haber

oben rechts
Katherine Polin,
Svenja Hahn,
David Deißner

mitte links
Jamie Fly,
Peter Rough,
Clark Packard,
Rebeccah Heinrichs

mitte rechts
Ana Janaina Nelson,
Kristina Lunz,
Gülsah Wilke

unten
Corinne Moeller,
Franz von Metzler,
Samantha Barlow

oben
Christian Hannemann,
Alton Buland,
David Agranovich

unten
Ali Wyne,
Verena Heiden,
Angie Fetherston,
Anna Kneifel,
Timo Lochocki,
Pam Campos-Palma,
Alton Buland

oben
Caroline Naumann,
Pam Campos-Palma,
Helga Flores Trejo

unten
Die Young Leaders
2019 mit Botschafterin
Emily Haber

“An Inspiration for the World”

Der kanadische Botschafter Stéphane Dion sprach auf dem Frankfurter Sommerfest zu den Perspektiven der transatlantischen Zusammenarbeit zwischen den USA, Kanada und Deutschland.

Beim Frankfurter Sommerfest der Atlantik-Brücke ließen Mitglieder und Young Leaders-Alumni den Sommer ausklingen und knüpften neue Kontakte. Stéphane Dion, Botschafter von Kanada in Deutschland und Sondergesandter für die Europäische Union und Europa, war der Redner des Abends und sprach über die deutsch-kanadischen Beziehungen. “Germans and Canadians know that they appreciate each other, but increasingly, they realize that they need each other,” betonte Dion.

> “Germans and Canadians know that they appreciate each other, but increasingly, they realize that they need each other.” Stéphane Dion

Der Botschafter lobte die Verhandlungserfolge beim europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA und hob angesichts protektionistischer Kritik hervor: “It would be a mistake to think we have to choose between trade and social progress. We can, and we must, pursue both.” Kanada und Europa könnten ein positives Signal für einen fortschrittlichen, regelbasierten Handel weltweit setzen.

Dies gelte auch für die internationale Zusammenarbeit auf anderen Gebieten. Die guten Beziehungen sollten im Gegenteil nicht zur Untätigkeit verleiten: “The relationship between Germany and Canada may have never been more positive, that’s true, but we need to make it even more effective, on trade, of course, but also among a range of other issues like climate change, international security, and artificial intelligence.”

oben
Michael Klaus,
Stéphane Dion,
Jürgen Conzelmann,
David Deißner

unten
Andrea Oesterle,
Jessica McBride,
Feline von Heimburg,
Emmanuel Lubanzadio

oben links
Stéphane Dion

oben rechts
Marc Moussalli,
Gunther Hellmann

mitte rechts
Frank-Dieter Freiling,
Ingo Schneemann

unten
Young Leaders-Alumni
und Mitglieder im
Garten des Hauses
Metzler

oben
Thomas Duhnkrack,
André von Holtzapfel,
Dirk Albersmeier,
Frank Günther

unten
Cornelia Klaus,
Franz von Metzler,
Sigrid Bauschert

Gespräch mit Yaya J. Fanusie

“Terrorists are Adapting to Cryptocurrencies”

Former CIA analyst Yaya J. Fanusie scrutinizes the cybersecurity risks of cryptocurrencies. The Adjunct Fellow at the Foundation for Defense of Democracies speaks about the lack of expertise within governments and about states that circumvent international sanctions and undermine the global financial order.

Interview: Robin Fehrenbach

Mr. Fanusie, you analyze the implications of cryptocurriencies for U.S. national security. What are the biggest challenges?

The biggest concern right now is that cryptocurrencies are an evolving technology that have already taken hold among a certain niche population. Illicit actors are experimenting with them. Some of this experimentation are attempts at fundraising or new ways to launder money. It has not run the full course, but it is something that these actors are adapting to. That is why it is very important for national security actors, whether they are financial authorities, law enforcement, or intelligence agencies, to be as smart with this technology as our adversaries are. Terrorist financing is still small, but we see terrorists are gaining knowledge of this technology, and that is a concern.

To what degree does the funding of international terrorism and illicit finance rely on new financial technologies?

No one really knows. I would generally say the scale is small. What terrorists are gaining from other methods of fundraising and moving money is much more than what they are probably gaining through cryptocurrencies. Because cryptocurrencies are still a very small sector, they are less available. It is a new additional niche to their mix. But they are innovating and developing new schemes that we cannot detect because we don’t follow every new payment method that closely. Their ability to adapt is the real problem.

What is the level of transatlantic cooperation on cybersecurity measures surrounding digital currencies?

We are still in the beginning stages because on both sides you only have a few people who understand this technology. So, it is hard to cooperate when you only have a small number of experts. There has to be an increase of sophistication on the government side. We have to do more.

You have coined the term “crypto rogue” in your publications. Who belongs to this group?

I used that term for rogues who are state actors. You have states that are really trying to circumvent the global financial order and international sanctions from the EU and the U.S. That is the case for Iran, Russia, and Venezuela and to some degree China.

Will cryptocurrencies have a negative effect on currencies like the U.S. dollar and the euro?

It is too soon to say because it really depends on how these stablecoins are implemented and get adopted. The projects that already exist won’t undermine major economies like the USA. I don’t envision a total undermining of our order.

“ National security needs to be as smart with this technology as our adversaries are.” Yaya J. Fanusie

„Mit Kollegen austauschen, hinter die Fassaden schauen“

15 Lehrerinnen und Lehrer aus Sachsen machten sich auf ihrer Reise ein umfassendes Bild der USA und ihres Bildungssystems.

Die Lehrkräfte begannen ihre Reise in Miami Beach. An der International Studies Charter High School sprachen sie mit kubanisch-stämmigen Schülerinnen und Schülern über deren Schulalltag, bei dem Integration eine wichtige Rolle spielt.

In North Carolina besuchte die Gruppe Schulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Orange High School legt ihren Fokus auf Landwirtschaftslehre. An der privaten Cary Academy berichteten zwei Teilnehmerinnen von ihrer Atlantik-Brücke-Studienreise nach Deutschland, die einen bleibenden Effekt auf ihren Unterricht hat. Beim Besuch des Raleigh Boys Club für Jungen aus sozial schwachen Verhältnissen brachte die Gruppe den begeisterten Schülern ein paar deutsche Sätze bei. Der Leipziger Lehrer Nico Ocken hob als besonderes Highlight der Reise hervor, dass die Gruppe „hinter Fassaden schauen und sich mit Kollegen austauschen“ konnte.

In Washington, D.C., traf die Gruppe Dr. Michael Werz, Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke und Senior Fellow am Center for American Progress. Er gab einen Überblick über die US-Wahlen 2020 und den demografischen Wandel in den USA. Bei der Brookings Institution erfuhr die Gruppe mehr über amerikanische Bildungspolitik. Im Kapitol ging es im Gespräch mit Reema Dodin, Büroleiterin von Senator Dick Durbin, um amerikanische Politik. Lehrer Rüdiger Bock resümierte: „Um im Unterricht keine Stereotype wiederzugeben, ist es sehr hilfreich, einen unmittelbaren Einblick in das Leben in den USA zu haben.“

Die Delegation wurde von Karsten Uhlmann, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke, und Atlantik-Brücke-Mitglied Joachim von Falkenhausen begleitet. Die Reise wurde durch die Joachim Herz Stiftung und die Halle Foundation gefördert und in Kooperation mit Cultural Vistas und dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus durchgeführt. Sie fand im Rahmen des Deutschlandjahres statt.

Miami, Florida, Charlotte, North Carolina, und Washington, D.C., 12. – 19. Oktober 2019

oben links
International Studies Charter High School, Miami, FL

oben rechts
Die Gruppe im Levine Museum of the New South in Charlotte, NC

mitte links
Treffen bei der Miami-Dade County Public Schools Administration mit dem Chief of Police for School Safety

mitte rechts
International Studies Charter High School, Miami, FL

unten
Vor dem Pérez Art Museum, Miami, FL

oben links
Bei einer Diskussion über kulturelle Unterschiede zwischen Deutschland und den USA

oben rechts
Central Piedmont Community College Advanced Technology Center, Charlotte, NC

mitte links
Jay M. Robinson Middle School, Charlotte, NC

mitte rechts
Geführte Tour durch den Art District in Wynwood, FL

unten
Myers Park High School, Charlotte, NC

oben
Gespräch mit Reema Dodin, Büroleiterin, im Büro von Senator Dick Durbin (Demokrat, Illinois) in Washington, D.C.

unten
Die Gruppe vor dem Kapitol

MARK ZUCKERBERG BEI DER MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ

Im Rahmen eines Side Events der Atlantik-Brücke bei der Münchner Sicherheitskonferenz gab es am 14. Februar 2020 Gelegenheit, sich mit Facebook-Gründer und CEO Mark Zuckerberg im kleinen Kreis auszutauschen.

"THE FUTURE OF TRANSATLANTIC RELATIONS: WHAT CAN BE DONE TO STRENGTHEN THE TIES"

In New York City sprachen am 17. Oktober 2019 der stellvertretende Atlantik-Brücke-Vorsitzende Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU), mit Julianne Smith, Senior Advisor to the President, Director, Asia and Future of Geopolitics Programs, German Marshall Fund, und dem CEO der Deutschen Bank, Christian Sewing, über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Die Veranstaltung fand auf Einladung der Deutschen Bank statt. Rechts im Bild: Francis J. Kelly, Deutsche Bank

WEIHNACHTSDINNER IN FRANKFURT

Die US-Luftwaffenattaché Colonel Jill Long, hier im Bild mit Atlantik-Brücke-Geschäftsführer David Deißner, war am 18. Dezember 2019 zu Gast beim Weihnachtsessen der Atlantik-Brücke in der Frankfurter Gesellschaft. Sie diskutierte mit dem Atlantik-Brücke-Vorsitzenden Sigmar Gabriel über das europäisch-amerikanische Verhältnis.

NEW YORK CITY ROOFTOP RECEPTION

Mitglieder und Young Leaders-Alumni der Atlantik-Brücke kamen am 2. Oktober 2019 auf Einladung von Benjamin Vogt, Serengeti Asset Management und Vorsitzender der Friends of Atlantik-Brücke, über den Dächern New Yorks zusammen. Im Bild: David Deißner, Karl-Theodor zu Guttenberg, Sigmar Gabriel, Benjamin Vogt

MICHAEL HÜTHER IM GESPRÄCH MIT LEIPZIGER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN

An der Leipziger Louise-Otto-Peters-Schule sprach der stellvertretende Atlantik-Brücke-Vorsitzende Professor Dr. Michael Hüther am 6. Februar 2020 mit dem 12. Jahrgang über weltwirtschaftliche Entwicklungen. Der Termin war in Kooperation mit Nico Ocken, einem Teilnehmer der transatlantischen USA-Lehrerreise der Atlantik-Brücke, zustande gekommen.

"CONNECTED LEADERSHIP IN A COMPLEX ENVIRONMENT"

General Jeffrey L. Harrigian, Commander of United States Air Forces in Europe and Air Forces Africa und Commander of Allied Air Command, war am 5. März 2020 zu einem außen- und sicherheitspolitischen Roundtable in der Atlantik-Brücke. Er diskutierte mit dem Atlantik-Brücke-Vorsitzenden Sigmar Gabriel.

AUSTAUSCH MIT AMERIKANISCHEN ABGEORDNETEN

Im Rahmen des Congress-Bundestag-Seminars hatten Mitglieder der Atlantik-Brücke am 6. September 2019 in Berlin Gelegenheit, mit Abgeordneten des US-Kongresses zu sprechen. Die amerikanische Delegation wurde von den Co-Chairs der Congressional Study Group on Germany geleitet, von Susan Brooks, Republikanerin aus Indiana, und Ted Deutch, Demokrat aus Florida.

"THE HUMAN ODYSSEY"

Gibt es Werte, die die Menschen auf der ganzen Welt miteinander verbinden? Darüber diskutierten am 10. Februar 2020 der ehemalige britische Handelsminister Lord Stephen Green und Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP) und Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke, in Berlin.

„STRESSTEST BREXIT"

Um die transatlantischen Beziehungen und die Neuorientierung Europas ging es am 16. September 2019 bei einer Lunch Discussion mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, im Londoner Carlton Club.

GEOPOLITISCHER AUSBLICK

Der Atlantik-Brücke-Vorsitzende Sigmar Gabriel und der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Botschafter Wolfgang Ischinger, diskutierten am 11. Dezember 2019 in Berlin über künftige außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen.

"DIFFERENCES IN TRANSATLANTIC ATTITUDES TOWARD FREE SPEECH"

Freie Meinungsäußerung – was verbinden die Menschen in Amerika und Europa damit? James Kirchick, Visiting Fellow an der Brookings Institution, erörterte diese Frage mit Mitgliedern und Young Leaders-Alumni am 9. Dezember 2019 in Berlin.

SIGMAR GABRIEL TRIFFT JAMES N. MATTIS

Im Rahmen seines USA-Besuches als neuer Vorsitzender der Atlantik-Brücke traf Sigmar Gabriel am 3. Oktober 2019 in Washington den ehemaligen US-Verteidigungsminister James N. Mattis.

Innovationen in Boston, politische Innenansichten in D. C.

Das geschichtsträchtige Boston ist als Zentrum der Life Sciences und Digitalisierung eine Zukunftsstadt. Das konnte die Delegation bei der Mitgliederreise 2019 vor Ort erfahren. Von Neuengland reisten die Mitglieder weiter nach Washington, D. C., wo es um amerikanische Innenpolitik sowie außen- und sicherheitspolitische Themen ging.

Mit seinen über 50 Universitäten ist Boston ein Wissenschaftsstandort von internationaler Bedeutung. Die Konzentration von Kapital und hoch qualifizierten Beschäftigten hat die Stadt in den letzten Jahren außerdem zu einer Hochburg der Life Sciences gemacht. Beim Risikokapitalgeber Third Rock Ventures bekam die Delegation einen Überblick über die Hürden, die bei Investitionen in neue Medikamente und Therapien zu überwinden sind. Beim Besuch des German Accelerator Life Sciences (GALS) ging es um die Unterschiede zwischen deutschen und amerikanischen Start-ups. Der vom Bundeswirtschaftsministerium unterstützte Accelerator wurde auf Initiative von Sigmar Gabriel in seiner damaligen Rolle als Bundeswirtschaftsminister ins Leben gerufen.

Auch Außen- und Sicherheitspolitik standen auf der Agenda: An der Harvard Kennedy School traf die Delegation die former Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs, Victoria Nuland, den französischen Botschafter in den USA, Philippe Étienne, und den ehemaligen Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen, Professor Nicholas Burns. Victoria Nuland betonte im Gespräch mit der Delegation, dass die Verteidigung der liberalen Weltordnung für die transatlantischen Partner an erster Stelle stehen müsse. Nicholas Burns erinnerte daran, wie wichtig ein starkes Deutschland für Europa, aber auch für die transatlantischen Bindungen sei.

Am Minda de Gunzburg Center for European Studies in Harvard sprach die Delegation unter anderem mit dem deutschen Politikwissenschaftler Karl Kaiser, der seit Jahren in Harvard lehrt, über die Präsidentschaftswahl 2020. Am MIT traf die Delegation den Informatiker Alex Pentland, der sich mit Datenschutz befasst.

Der zweite Teil der Reise führte die Delegation nach Washington, D. C. Der dortige politische Betrieb war von den beginnenden Ermittlungen im

oben links
Victoria Nuland

oben rechts
Alexander Pentland

mitte links
Diskussion beim
German Accelerator
Life Sciences mit
Charlie Cameron,
Anula Jayasuriya
und Annika Pierson

mitte rechts
Sigmar Gabriel,
Nicholas Burns

unten
Astrid Hamker,
Verena Leppert,
Sigmar Gabriel und
Karl Kaiser auf dem
Harvard-Campus

Impeachment-Verfahren gegen Präsident Donald Trump und dem Vorwahlkampf der Demokraten geprägt.

Botschafterin Emily Haber betonte im Gespräch mit den Mitgliedern der Atlantik-Brücke die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen und sprach sich dafür aus, insbesondere Gegenwart und Zukunft der gemeinsamen Interessen zu reflektieren. Reince Priebus, ehemaliger Stabschef von Präsident Trump, gab einen Einblick in seine Zeit im Weißen Haus. Mit drei Kongressabgeordneten beider Parteien diskutierte die Delegation darüber, ob die politischen Gräben in den USA die Arbeit im Kongress beeinträchtigt.

Um politische Gräben ging es auch bei der Brookings Institution. Angesichts der zunehmenden politischen Polarisierung in den USA wurde die Frage diskutiert, ob radikale politische Meinungsäußerungen zensiert werden sollten oder ob gerade dies zu einer größeren Radikalisierung führe. Beim Center for American Progress ging es um die demografische Grundlage des Wahlkampfes.

Das Thema Energie stand bei einem Treffen mit Repräsentanten des Center for Liquefied Natural Gas auf der Agenda. John Dashwood und Gerry Borghesi von ExxonMobil erläuterten bei einem Abendessen die Klimaschutzbestrebungen ihres Unternehmens.

Verteidigungspolitische Gespräche führte die Delegation im Pentagon mit Daniel Green, Deputy Assistant Secretary of Defense for Strategy and Force Development, und Michael C. Ryan, Deputy Assisant Secretary of Defense for European and NATO Policy, und im National War College. Am College ging es unter anderem um das Thema „Great Power Competition“. Der stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, Professor Dr. Michael Hüther, gab einen Einblick in die verteidigungspolitischen Herausforderungen für Europa. In einer Podiumsdiskussion mit den Staatssekretären Stephan Mayer und Christian Lange wurde das Thema vertieft. Im State Department sprach Shawn Crowley, Director of Western Europe, über die Beziehungen zwischen Europa und den USA. Neben Fragen zum Verteidigungsetat und zum Verhältnis zu China ging es auch um gemeinsame außenpolitische Erfolge im Umgang mit Nordkorea und Venezuela.

Mit neuen Eindrücken und Ideen für die Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses machte sich die Delegation nach einer knappen Woche wieder auf den Rückweg nach Deutschland.

Für die Unterstützung bei dieser Reise danken wir unseren Mitgliedern, Young Leaders-Alumni, Freunden und Partnern. Unser besonderer Dank gilt Cathryn Clüver Ashbrook, Gernot Kalkoffen, David Knower, Bodo Liesenfeld, Cornelius Pieper und Michael Werz.

oben
Die Mitglieder-
delegation in
Washington, D.C.

unten links
Minda de Gunzburg
Center for European
Studies an der Harvard
University

mitte rechts
Michael Hüther,
Sigmar Gabriel

unten rechts
Gernot Kalkoffen,
Katrin Gärtner,
Sigmar Gabriel,
Verena Lepper und
Astrid Hamker
bei der Softwarefirma
PTC in Boston

oben links
Reince Priebus,
Christian Lange

oben rechts
Terry Anderson,
Michael Hüther,
Stephan Mayer
und Christian Lange
im National War College

mitte rechts
David Deißner,
Emily Haber

unten
Die Delegation im
Pentagon mit
Daniel Green und
Michael C. Ryan

oben
Im Gespräch
mit den Abgeordneten
John Garamendi
(Demokrat, Kalifornien),
Susan Brooks
(Republikanerin, Indiana),
Ted Deutch (Demokrat,
Florida)

unten
Bei der
Brookings Institution:
Constanze Stelzenmüller,
Christian Flisek

Podiumsdiskussion mit Sigmar Gabriel und Dirk Nowitzki

„Eine doppelte Heimat“

Der ehemalige Basketballstar Dirk Nowitzki und der Atlantik-Brücke-Vorsitzende Sigmar Gabriel sprachen über Deutsche und Amerikaner, die transatlantischen Beziehungen und neue Lebensanfänge.

Auf den ersten Blick haben Dirk Nowitzki und Sigmar Gabriel wenig gemeinsam. Das betrifft nicht nur die Körpergröße. Während sich die NBA-Legende eher weniger für Politik interessiert, ist das Wissen über Basketball des ehemaligen Außenministers begrenzt. Doch im Gespräch der beiden vor über 200 Gästen am Pariser Platz wurde deutlich, dass sie viel mehr verbindet, als der erste Anschein vermuten lässt. Beide hatten eine erfolgreiche Karriere und widmen sich nun neuen Herausforderungen. Neben ihrem Engagement, ihrer Überzeugung und ihrer Beharrlichkeit sind sie USA-Kenner und Brückenbauer zwischen Amerika und Deutschland. Dirk Nowitzki, der schon lange in den USA lebt, betonte: „Ich habe eine doppelte Heimat. Die eine ist Würzburg, wo meine Wurzeln sind. Die andere ist Dallas, wo ich erwachsen wurde.“ An der Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist ihm genauso gelegen wie dem Vorsitzenden der Atlantik-Brücke.

Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit dem „Tagesspiegel“ und der ING Deutschland statt. Juliane Schäuble, US-Korrespondentin des „Tagesspiegels“, moderierte das Gespräch.

Berlin, 04. Dezember 2019

oben links
Dirk Nowitzki,
Sigmar Gabriel

oben rechts
Sigmar Gabriel,
Juliane Schäuble,
Dirk Nowitzki

mitte links
Dirk Nowitzki nimmt
mit den Veranstaltungs-
gästen Selfies auf

mitte rechts
Blick auf die
Veranstaltung
im Allianz-Forum

unten
Sigmar Gabriel,
Juliane Schäuble,
Dirk Nowitzki

Sigmar Gabriel,
Juliane Schäuble,
Dirk Nowitzki

"What's Your Story?"

Rund 100 deutsche und amerikanische Young Leaders-Alumni kamen zum diesjährigen Neujahrsempfang. Es ging um die großen Herausforderungen für Europa und die USA sowie um den vertrauensvollen Austausch und persönliche Begegnungen.

Eine Podiumsdiskussion zwischen Vorstandsmitgliedern der Atlantik-Brücke gab einen Ausblick auf die transatlantischen Herausforderungen für das Jahr 2020. Dr. Michael Werz, Senior Fellow am Center for American Progress, Friederike von Tiesenhausen Cave, Global Head of Public Affairs bei Bloomberg LP, Professor Dr. Michael Hüther, stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke und Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft, und Anahita Thoms, Partner und Head of Germany's International Trade Practice bei Baker McKenzie, sprachen über den demografischen Wandel in den USA, die Zukunft des transatlantischen Bündnisses, die Auseinandersetzung des Westens mit autokratischen Systemen und die transatlantischen Handelsbeziehungen.

Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Drachenfels sprach US-Generalkonsulin Fiona Evans über die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Moderiert von Journalist Cherno Jobatey, sprachen vier Nachwuchsführungskräfte unter dem Leitgedanken „What's your story?" offen über berufliche Projekte und ihre persönlichen Lebenswege. Karoline Klose thematisierte ihre Erfahrungen im Entwicklungshilfeprogramm für Haiti und in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze der UNO in zehn Ländern. Cristina Hernandez, Social Impact Fellow der Robert Bosch Stiftung, berichtete davon, wie sie es als Tochter mittelloser mexikanischer Einwanderer entgegen vieler Widrigkeiten als Fellow ins Weiße Haus schaffte. Cornelius Pollmer, Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung" in Leipzig, erzählte von seinen Wanderungen auf den Spuren Theodor Fontanes und von außergewöhnlichen Begegnungen mit Menschen in der Mark Brandenburg für die Recherche zu seinem Buch „Heut ist irgendwie ein komischer Tag". Finn Hänsel, Gründer der Sanity Group und Vorstandsmitglied der Movinga GmbH, sprach von seinem politischen Einsatz als 17-Jähriger in der Jungen Union und als Unternehmer für das Legalisieren von Cannabis zur medizinischen Behandlung. Bei einem gemeinsamen Dinner in der Hirschburg fand die Zusammenkunft der Young Leaders-Alumni einen festlichen Ausklang. Gastgeber der Reunion war Vodafone.

Königswinter, 25. Januar 2020

oben
Erste Reihe:
Friederike von
Tiesenhausen Cave,
Anahita Thoms,
Michael Hüther,
Angelika Gifford

unten
Stephan Garabet

oben
Karoline Klose,
Christian-Hendrik
Heusermann,
Sebastian Funke,
Jula Döbner,
Mark Hartmann

unten
Julia von Cube,
Cornelius Pollmer

oben links
Cristina Hernandez

oben rechts
Cherno Jobatey,
Fiona Evans

mitte rechts
Karoline Klose

unten
Die Hirschburg

Nur wer Haltung bezieht, genießt Vertrauen

Ethisch faires Verhalten von politischen, wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und medialen Akteuren entscheidet darüber, ob Bürgerinnen und Bürger in Demokratien diesen vertrauen. Das war die zentrale Aussage von Richard Edelman, CEO der Kommunikationsfirma Edelman, in seiner Präsentation des Trust Barometers 2020, die in Kooperation mit der Atlantik-Brücke stattfand. Für die 20. Auflage der Umfrage hatte Edelman 34 000 Teilnehmende in 28 Ländern befragt.

„Vertrauen basiert auf ethischem Verhalten und Kompetenz“, sagte Richard Edelman. Das Trust Barometer 2020 ermittelte eine Rekordzahl von Ländern, in denen die informierte und die breite Öffentlichkeit den Institutionen unterschiedlich vertrauen. Global betrachtet bejaht eine Mehrheit von 56 Prozent die Aussage, dass der Kapitalismus mehr Schaden anrichtet, als eine Kraft für Gutes zu sein. Edelman nannte diesen Befund „schockierend“. Zuverlässigkeit, Sinnhaftigkeit und Integrität als ethische Treiber der Vertrauensbildung gegenüber Unternehmen würden infrage gestellt.

> „Vertrauen basiert auf ethischem Verhalten und Kompetenz.“ Richard Edelman

In der Podiumsdiskussion lenkten die Protagonisten den Blick auf die Verantwortung der Politik. Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke, hielt fest: „Man sieht häufig, wie das System aus Regierung und Wirtschaft auf Krisen nur reagiert. Das System ist außer Kontrolle geraten.“ Alexander Graf Lambsdorff, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke, sagte, dass das politische System sich weigere, in Krisen entschlossen zu handeln. Ursache hierfür sei die Angst, „Bürger zu beunruhigen“.

oben
Christiane Schulz,
Alexander Graf
Lambsdorff,
Norbert Röttgen,
Richard Edelman

unten
Richard Edelman

Mit Werten digitale Wettbewerbsfähigkeit aufbauen

Unternehmen wie Apple, Microsoft oder Amazon sind mehr wert als der gesamte Dax. Europa scheint im digitalen Wettbewerb den USA und China weit hinterherzuhinken. Bei der Podiumsdiskussion waren Hildegard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), und Dr. Jörg Dräger, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann Stiftung, optimistisch.

Beide stimmten darin überein, dass der Schlüssel für Europa darin liege, Werte und Wettbewerbsfähigkeit nicht als Gegensätze zu begreifen. Konkret bedeute dies, ein Gegenmodell zum Datenmonopolismus zu entwickeln. Europa solle die Chance ergreifen, durch die Dezentralisierung von Daten Innovationen auch außerhalb der marktbeherrschenden Plattformen zu ermöglichen. Dabei müsse das Prinzip der Datensouveränität gelten, wonach Daten grundsätzlich den Kundinnen und Kunden gehören.

Dräger betonte, die Digitalisierung böte auch Lösungen für Gerechtigkeitsfragen: Algorithmen könnten neutraler über Bewerbungen oder Strafmaße in Gerichtsprozessen entscheiden. Dafür müssten die Daten nur richtig aufbereitet werden. Solche auf Werten aufgebaute Geschäftsmodelle könnten potenziell nachhaltiger sein. Europa sei schon heute Vorreiter in der Gesetzgebung und Regulierung. An der grundsätzlichen Kompetenz fehle es Europa, insbesondere Deutschland, nicht. „Die deutsche Forschung zur Künstlichen Intelligenz muss sich nicht verstecken“, sagte Dräger. Europa sei führend im Bereich der Forschungsinstitutionen.

Darüber hinaus merkte Müller an, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung gerade im Hinblick auf die digitale Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachkommen müssten. Es bestehe jedoch Grund zu Selbstvertrauen. Deutschland habe nach wie vor entscheidendes Know-how in der Industrie. Dieses müsse intelligent mit den Möglichkeiten der Digitalisierung verbunden werden.

Die Diskussionsveranstaltung fand in Kooperation mit McKinsey statt und wurde von Ute Wolf, CFO von Evonik Industries und Mitglied im Vorstand der Atlantik-Brücke, moderiert.

Düsseldorf, 30. Januar 2020

oben
Alexandra Engel,
Heike Wagner,
Ute Wolf

unten
Jörg Dräger,
Hildegard Müller

oben
Jörg Dräger,
Hildegard Müller

unten
Die Gäste der Veranstaltung in den Räumen von McKinsey in Düsseldorf

oben
Anahita Thoms,
Sebastian Kempf,
David Deißner,

unten
Ute Wolf

Sächsische Wirtschaft und transatlantische Kooperation

Im Gespräch zwischen dem Sächsischen Wirtschaftsminister Martin Dulig und dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft und stellvertretenden Vorsitzenden der Atlantik-Brücke, Professor Dr. Michael Hüther, ging es um die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen aus Perspektive des Freistaats Sachsen.

Für Sachsen spielt der transatlantische Handel eine wichtige Rolle. Die USA sind nach China der zweitgrößte Abnehmer sächsischer Exporte. 2018 gingen Waren im Wert von über 3,5 Milliarden Euro ins amerikanische Ausland. Staatsminister Dulig betonte, dass Sachsen auch als Standort für amerikanische Unternehmen attraktiv sei. Gerade die Mikroelektronikbranche sei im Freistaat stark vertreten. Durch gezielte Initiativen in der Ansiedlungspolitik will Sachsen seinen Status als „Silicon Saxony“ weiter ausbauen.

Michael Hüther betonte auf der Veranstaltung im Leipziger Club International die Unterschiede zwischen amerikanischen und europäischen Wertschöpfungsketten. Europa müsse sich auf seine Stärken fokussieren. Während die USA ihre digitale Vorreiterrolle weiter ausbauen, schreite der Zerfall der amerikanischen Industrie weiter rapide voran, so der Wirtschaftswissenschaftler. Der amerikanische Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP betrug 2017 knapp 11,2 Prozent, in Deutschland ist dieser mit derzeit knapp 22 Prozent auf dem amerikanischen Niveau von 1970. Breit aufgestellte Mittelständler profitierten von offenen Märkten und könnten zu Hidden Champions avancieren. Allein in Sachsen gelten 20 mittelständische Unternehmen als Weltmarktführer in ihren Branchen. Es sei daher wenig überraschend, dass Sachsen seit 2010 einen signifikanten Exportüberschuss in seiner Handelsbilanz aufweist.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem darum, wie die deutsche und damit auch die sächsische Wirtschaft mit den Herausforderungen durch den technologischen Wandel umgehen kann. Dr. Jan Boehm, Global Head Government & Public Affairs, N26, moderierte das Gespräch. Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung begrüßte die Gäste.

Leipzig, 06. Februar 2020

oben
Michael Hüther

unten
Auf dem Podium:
Jan Boehm,
Martin Dulig,
Michael Hüther,
Burkhard Jung

oben
Martin Dulig

unten
Jan Boehm,
Martin Dulig,
Michael Hüther

oben
Stephan Röckemann,
Martin Strunden,
Alexander Hogertz

unten
Die Gäste im
Club International
in Leipzig

Gespräch mit Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

„Wir brauchen einen eigenständigen europäischen Pfeiler in der transatlantischen Allianz“

Anlässlich der Veröffentlichung seines Buches „Deutschland und das Europa der Verteidigung“ sprach Dr. Hans-Peter Bartels im Interview über die geopolitische Rolle der Bundesrepublik zum Beginn der neuen Dekade.

Herr Dr. Bartels, Ihr Buch handelt von der Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es beginnt allerdings mit einem Kapitel über das Wetter. Warum?

Weil das eine der großen sicherheitspolitischen Herausforderungen ist, der sich die Staaten stellen müssen. Der Klimawandel führt zu zunehmender Unbewohnbarkeit ganzer Weltregionen, zu Migrationsströmen und Konflikten in Gegenden, die wie die Sahelzone und Teile des Nahen Ostens über die schwächsten Konfliktlösungsmechanismen verfügen. In Zukunft werden Kriege vielleicht nicht um Öl, sondern um Wasser geführt. Wir werden sehen, dass das Klima die sicherheitspolitische Großwetterlage beeinflusst.

Ist der Klimawandel für Sie ein bisher nicht hinreichend beachteter Problemkomplex der Sicherheitspolitik?

Das Erschreckende ist, dass wir im Moment mit vielen Bedrohungen konfrontiert sind, die gleichrangig nebeneinanderstehen. Der Klimawandel ist jetzt ins Bewusstsein gerückt und kommt auf die Agenda. Aber solange es beispielsweise immer noch riesige nukleare Waffenpotenziale gibt, ist auch das Risiko eines Atomkrieges nicht verschwunden, nur weil wir nach dem Ende des Kalten Krieges ein Vierteljahrhundert lang hoffen durften, dass diese Gefahr wohl gebannt ist. Die neue russische Militärdoktrin sieht zum Beispiel den Einsatz von substrategischen Nuklearwaffen in bestimmten Szenarien vor, mit denen sich die NATO beschäftigen muss.

> „Wir sind mit vielen Bedrohungen konfrontiert, die gleichrangig nebeneinanderstehen.“

Von der neuen Bedrohungslage gibt es kein ausgeprägtes Bewusstsein in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung. Wie kann es uns gelingen, dieses politisch herzustellen?

Wir müssen die realen Bedrohungen thematisieren und rational diskutieren. Dabei sollten wir nicht mit falschen Bildern der Vergangenheit hantieren. Es geht heute nicht um Freiheit oder Kommunismus. Wir haben inzwischen ein breites Verständnis von Konfliktlagen in der Welt. Zum einen sehen wir überall eine Renationalisierung von Außenpolitik, zum anderen autoritäre Regime wie China, die sich als Alternative zur Demokratie darstellen. Auch

„Wir dürfen die regelbasierte Weltordnung nicht verloren geben!“ Hans-Peter Bartels

im Inneren sind unsere demokratischen Gesellschaften durch Populismus, Autoritarismus, Antisemitismus, Rassismus und eine neue Art Fake-News-Globalisierung herausgefordert. Hinzu kommt, dass immer mehr Länder, wie heute die Türkei oder Saudi-Arabien, das Recht des Stärkeren für sich reklamieren. Wir haben es mit vielfältigen Infragestellungen der regelbasierten Weltordnung zu tun. Aber wir dürfen sie deshalb nicht verloren geben!

Ich nehme die Einstellungsmuster in der deutschen Gesellschaft als durchaus ambivalent wahr. Es gibt Umfragen, in denen die Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sagt, dass wir in der jetzigen Weltsituation mehr für unsere äußere Sicherheit tun sollten. Also darf die Bundeswehr etwas größer werden und mehr Geld aus dem Haushalt bekommen. Andererseits gibt es Umfragen, die ebenso bemerkenswert sind, in denen es um die Bündnisverlässlichkeit geht, zum Beispiel wenn etwas

> „Nur der feste Wille zur Bündnissolidarität garantiert eine wirksame Abschreckung."

in den baltischen Staaten passieren sollte. Wäre dies der Bündnisfall, in den Deutschland mit der NATO eingreifen muss? Deutschland ist den Umfragen zufolge einer der NATO-Mitgliedsstaaten, in denen keine 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger diese Frage bejahen. Dabei ist eigentlich klar, dass nur der feste Wille zur Bündnissolidarität eine wirksame Abschreckung garantiert.

Im Deutschen Bundestag stellt sich die Frage so nicht. Vier von sechs Fraktionen im Parlament sind sich einig mit Blick auf die Rolle, die Deutschland in der NATO, EU und UN spielen soll. Da gibt es einen breiten Konsens. Allerdings würde ich mir von der Bundesregierung wünschen, gelegentlich proaktiv Deutschlands Rolle in der Welt zu formulieren und zu erklären. Ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik alle vier Jahre könnte einen Anlass dazu geben. Es wäre im Parlament zu diskutieren.

Die wichtigste These Ihres neuen Buches lautet, dass Deutschland und die Europäische Union eine globale Mitverantwortung in internationalen Konflikten tragen und diese ein Ende „militärischer Kleinstaaterei" erfordert. Sie schreiben: „Immer mehr muss jetzt die EU ein internationaler Akteur werden, auch als militärisches Bündnis, als europäischer Pfeiler unserer transatlantischen Allianz." Wie weit fortgeschritten ist die Bundesrepublik, ist Europa auf diesem Weg?

Es gibt schon mehr Fortschritt, als man gemeinhin wahrnimmt. Wir sehen drei parallel laufende Prozesse. Da ist erstens das von Deutschland initiierte Framework Nations Concept (FNC) der europäischen NATO-Länder. Es zielt darauf ab, die Interoperabilität der NATO-Mitglieder in Europa zu stärken.

Zweitens sehen wir auf EU-Ebene PESCO, die Permanent Structured Cooperation, die im Vertrag von Lissabon schon angelegt war, aber erst gesondert aktiviert werden musste. Katalysator für den Wunsch, europäische Handlungsfähigkeit in der Verteidigungspolitik zu demonstrieren, war die Brexit-Entscheidung 2016. Inzwischen beteiligen sich 25 EU-Mitglieder an PESCO. Auch hier geht es wie beim FNC um Projekte der Zusammenarbeit und um die Standardisierung von Ausrüstung, Training und Organisationsstrukturen.

Drittens gibt es die bi- und multinationalen Kooperationen. Dieser Pfad der Europäisierung scheint mir am weitesten fortgeschritten. Es handelt sich um Integrationsprojekte wie zwischen Belgien und den Niederlanden, die ein gemeinsames Marinehauptquartier betreiben, oder die Eingliederung der beiden niederländischen Heereskampfverbände in zwei

deutsche Divisionen. Diese tiefe Integration im Grundbetrieb ist beispielhaft.

Seit einiger Zeit diskutieren Expertinnen und Experten für Verteidigungspolitik die Idee einer strategischen Autonomie in Fragen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Was verstehen Sie konkret darunter?

Autonomie heißt vor allem, dass wir einen eigenständigen europäischen Pfeiler in der transatlantischen Allianz brauchen. Wenn in den USA immer erst entschieden werden müsste, ob Kalifornien Truppen ins Baltikum verlegt oder ob New York das tut, dann hätte man auch dort Friktionen und Effizienzverluste, wie wir sie in Europa kennen. Die Amerikaner aber haben eine Armee. In Europa haben wir – NATO und EU – 32 verbündete Armeen. Das wäre richtig viel Power: mehr als 1,5 Millionen Soldatinnen und Soldaten! Aber es ist keine Armee. Wir brauchen also eine effektivere Organisation aller Streitkräfte. Es geht letztlich darum, die 32 unterschiedlichen Armeen, die nach 1990 jeweils für sich national reduziert wurden, nach und nach zu einem funktionsfähigen Ganzen zusammenzufügen. Oder zunächst die 20 Armeen, die schon zusammengehen wollen. Niemand muss, alle können. Besser ist es.

> „Die Amerikaner haben eine Armee. In Europa haben wir – NATO und EU – 32 verbündete Armeen. Wir brauchen eine effektivere Organisation."

Eine strategische Autonomie für Europa bedeutet, auch dann handlungsfähig zu sein, wenn die NATO nicht als Ganzes betroffen ist. In Afrika oder im Nahen Osten muss es außer der NATO andere Akteure geben können, zum Beispiel in der Sahelregion. Hier sollte die EU aus sich heraus handlungsfähiger werden. Auf dem Balkan konnten die Europäer in den 1990er-Jahren noch nicht ohne die Amerikaner die Waffen zum Schweigen bringen, so gern sie es auch gewollt hätten. Aus US-Perspektive war der post-jugoslawische Bürgerkrieg tatsächlich eher ein regionales, ein europäisches Problem.

Und außerdem brauchen wir natürlich eine eigenständige europäische Wehrtechnik. Auch das ist Voraussetzung für einen gewissen Grad an strategischer Autonomie. Europa darf sich industriell von Lieferungen etwa aus den USA nicht zu abhängig machen, denn diese bringen immer Restriktionen mit sich. Modernste Waffensysteme kann man dort zwar kaufen, aber ein Teil der Technik bleibt gerne mal in den USA, weil sie wie im Fall des Euro Hawk nicht exportierbar ist. Die Europäer sollten dagegen in der Lage sein, moderne Waffensysteme technisch so weiterzuentwickeln, wie sie es wollen.

Würde eine europäische Armee an die Stelle der NATO treten, oder geht es um eine komplementäre Lösung?

Das kann nur komplementär funktionieren. Es geht nicht ums Ersetzen. Der Existenzgrund der NATO ist die Verteidigung des Westens, klassischerweise die Verteidigung Europas. Nach dem 11. September 2001 ging es übrigens auch um Solidarität mit Amerika.

Interview: Dr. David Deißner und Robin Fehrenbach

MSC Side Event mit Botschafterin Kay Bailey Hutchison

Zusammenhalt der Bündnispartner im Umgang mit Russland und China stärken

Anlässlich der 56. Münchner Sicherheitskonferenz hatte die Atlantik-Brücke als offizieller Partner wieder die Gelegenheit, am Vorabend der Tagung zu einer Dinner Discussion in den Bayerischen Hof einzuladen.

In diesem Jahr sprach die Ständige Vertreterin der USA bei der NATO, Botschafterin Kay Bailey Hutchison, über die transatlantische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der Atlantik-Brücke, hob in seiner Begrüßungsrede hervor, dass die Botschafterin eine ausgewiesene Verteidigungsexpertin ist. Als erste und bisher einzige Frau wurde sie 1993 zur Senatorin in ihrem Heimatstaat Texas gewählt und gehörte in ihrer 20-jährigen Amtszeit viele Jahre dem für die Militärausgaben verantwortlichen Unterausschuss des Bewilligungsausschusses des Senats an.

In ihrer Rede und der anschließenden Diskussion betonte Hutchison die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den transatlantischen Partnern, die sie täglich erlebt. Hier wie auch in anderen Bereichen zeige sich ihr beständig, dass die Verteidigungsgemeinschaft funktioniert.

Angesichts der veränderten Bedrohungslage sei es aber notwendig, dass die Bündnispartner noch mehr Verantwortung übernehmen. Neben der Bekämpfung des islamistischen Terrors sei der Zusammenhalt des Bündnisses insbesondere im Umgang mit Russland und China gefordert. Deutschland als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich stärkstes europäisches Mitgliedsland müsse dabei eine größere Rolle einnehmen.

Die Dinner Discussion wurde unterstützt durch die KPMG.

oben links
Joseph Nye

oben rechts
Kai Andrejewski

mitte links
David Knower

mitte rechts
Nicola Brüning,
Alexander
Graf Lambsdorff,
Kai Diekmann

unten
Kay Bailey Hutchison

MSC Side Event mit Botschafterin Kay Bailey Hutchison

Munich Security
Conference
msc

Kay Bailey Hutchison,
Sigmar Gabriel

„Eine Wiederkehr des Staates aus dem Geist der Solidarität“

Der Soziologe Professor Dr. Heinz Bude, der Vorsitzende der Atlantik-Brücke Sigmar Gabriel und Atlantik-Brücke-Geschäftsführer David Deißner sprachen darüber, wie Menschen beiderseits des Atlantiks mit der Corona-Krise umgehen, was dieser Umgang über die Gesellschaften verrät und welche Rolle die Politik spielen muss.

David Deißner: Das Coronavirus hebt die Welt aus ihren Fugen. Viel wurde über die gesundheitspolitischen Aspekte, über die Angemessenheit der Maßnahmen und natürlich über die wirtschaftlichen Instrumente im Zusammenhang mit der Pandemie gesprochen. Wir wollen die Perspektive etwas erweitern und darüber sprechen, wie Gesellschaften mit Krisen und kollektiven Angstzuständen umgehen. Unsere Gäste sind der Vorsitzende der Atlantik-Brücke, Bundesminister a. D. Sigmar Gabriel, sowie Professor Heinz Bude, einer der wirkungsmächtigsten Soziologen in Deutschland. Seit 2000 hat er an der Universität Kassel den Lehrstuhl für Makrosoziologie inne. Seine Schwerpunkte liegen in der Generationen- und Arbeitsmarktforschung. Zu seinen Werken gehören „Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft“ und „Bildungspanik: Was unsere Gesellschaft spaltet“. Und 2014, in diesem Kontext besonders interessant, erschien seine Schrift „Gesellschaft der Angst“, in der er die Angst als zentrale gesellschaftliche Kraft beschreibt.

Herr Professor Bude, es hat den Anschein, als sei die Zeit der vergleichsweise sorglosen Erfahrungswirklichkeit der westlichen Nachkriegsgesellschaften vorbei. Die dystopischen Bilder von leer gekauften Regalen, leer gefegten Straßen, kreisenden Drohnen sind eine neue und irritierende Erfahrung. Haben wir verlernt, mit Krisen umzugehen?

Heinz Bude: Nein, das glaube ich nicht. Ein interessanter Aspekt wäre der Vergleich der gegenwärtigen Situation mit der Situation von 2008. 2008 hat ja die deutsche Gesellschaft in einer sortierten Reaktion gezeigt, dass sie die am wenigsten aufgeregte Gesellschaft unter allen westlichen Gesellschaften ist. Und der Krisenkorporatismus war ein sehr erfolgreiches Manöver. Der Erfolg von 2008 ist möglicherweise auch die Bürde von heute. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir überall die Herausforderungen richtig sehen. Berlin befindet sich teilweise in einem Zustand renitenter Sorglosigkeit, der die Frage aufwirft, ob die Leute eigentlich realisiert haben, worum es geht. Auf der anderen Seite gibt es auch eine ganz neue Form von alltagspraktischer Solidarität. Es gibt auch eine wirklich bemerkenswerte Bereitschaft, im Alltag über seine Ängste zu reden. Und das ist auch eine Art Umgang mit Krisen.

> „Es gibt eine bemerkenswerte Bereitschaft, über seine Ängste zu reden.“ Heinz Bude

Sigmar Gabriel: Herr Bude, darf ich ein bisschen nachhaken, weil mir bei dem Vergleich von 2008 mit heute eben in den Sinn kam, dass wir damals

ja in unserem Alltag gar nicht betroffen waren. Das war in großen Teilen für viele Leute eine virtuelle Krise, die dann real wurde, wenn der Arbeitsplatz in Gefahr war. Kann man das wirklich vergleichen?

Bude: Vollkommen d'accord. Ich wollte nur darauf reagieren, dass wir in Deutschland nicht auf eine Panikreaktion disponiert sind. Es stimmt, wir haben eine völlig neue Situation, die meiner Ansicht nach auch eine Grundlage für Solidarität schafft. Es gibt ein Gefühl der Bedrohtheit jedes Einzelnen weit in die Gesellschaft hinein, in einer gewissen Klassenindifferenz. Das heißt, die Formen der Solidarität, die wir heute sehen, sind wirklich auf Augenhöhe. Das hat nichts mit Mitleid zu tun, sondern das ist eine Form von Reziprozität und von wechselseitiger Hilfe, die teilweise auch so etwas wie Trostcharakter hat. Also, die Ressourcen der Gesellschaft, auf so eine Krise zu reagieren, sind da, jedenfalls wenn sie so hart zutrifft, dass sie den Einzelnen in seiner körperlichen Leistungsfähigkeit und Existenz treffen kann.

Gabriel: Warum haben Sie denn 2014, lange bevor Corona oder die Flüchtlingskrise richtig ausgebrochen ist, das Buch „Die Gesellschaft der Angst" geschrieben? Was ist Ihnen bei der deutschen Gesellschaft aufgefallen?

Bude: Ich hatte damals den Eindruck, dass es in einer Situation, in der es den meisten relativ gut geht, so etwas wie eine Zusammenballung von Systemmisstrauen in unserer Gesellschaft gab,

> „Die Ressourcen der Gesellschaft, auf so eine Krise zu reagieren, sind da." Heinz Bude

wofür ich diese Metapher der rieselnden Angst gewählt habe. Das ist keine Angst, die einem quasi ins Gesicht geschrieben steht, sondern die als Stimmung im Hintergrund da ist. Ich wollte darüber nachdenken, wie Veränderungen der Gesellschaft auch in kollektiv-affektiven Zuständen deutlich werden. Damals war diese Vorstellung noch sehr dominant: Wenn du ein starker Einzelner bist, wenn du dir die Kompetenzen zulegst, um mit schwierigen Situationen umzugehen,

> „Die Solidarität ist heute etwas, das uns eher auf Augenhöhe zusammenbringt." Heinz Bude

dann kannst du dich abkoppeln von Leuten, die der Solidarität bedürfen, weil sie das alles nicht so gut können. Das war damals eine Spaltungslinie in unserer Gesellschaft. Ich habe den Eindruck, dass das jetzt wiederkehrt und wir uns gleichzeitig von der Idee verabschieden, dass eine gute Gesellschaft eine Gesellschaft starker Einzelner ist und der Rest, der nicht so gut mitkommt, mit Solidarität bedacht wird von den Stärkeren. Die Solidarität ist heute etwas, das uns eher auf Augenhöhe zusammenbringt.

Gabriel: Man muss ja aufpassen, dass der Solidaritätsbegriff nicht degeneriert zur Caritas, wo der Starke hilft, weil er was übrig hat für den Schwachen. Der Solidaritätsbegriff soll ja eigentlich zeigen: Wir sind alle darauf angewiesen. Auch der Reiche und Starke schafft es nicht, ohne dass viele andere etwas tun, was sie nicht reich und stark macht, aber doch für das gemeinsame Ganze nötig ist. Vielleicht ist das eine Chance, diesen Gedanken von Solidarität, der ja mit Verantwortungsbewusstsein zu tun hat und nicht mit Caritas, wiederzuentdecken.

Bude: Genau, das ist mein Eindruck, dass das gerade wieder vor dem Hintergrund einer allgemein empfundenen Vulnerabilität passiert. Das bringt uns dazu, anders über Solidarität zu denken. Ein ganz wichtiger Aspekt, der sich von der Situation von 2008 unterscheidet: Wir hatten 2008 einen funktionierenden Krisenkorporatismus, der aber auch von der Allgemeinheit mit einer gewissen Staatsskepsis beobachtet wurde. Was wir im Augen-

blick erleben, ist eigentlich eine Wiederkehr des Staates, und zwar aus dem Geist der Solidarität.

Gabriel: Auf der anderen Seite sehen wir auch gegenteilige Entwicklungen. Hamsterkäufe deuten nicht auf ein gewachsenes Verständnis von Solidarität hin. Ich glaube, es gibt zurzeit beide Tendenzen in der Gesellschaft, und es wird darauf ankommen, wie die Eliten reagieren. Glauben Sie, dass es eine angemessene Reaktion der politischen, ökonomischen und medialen Führungseliten gibt, die den Solidaritätscharakter der Gesellschaft stärken und nicht den Panikcharakter?

Bude: In der Tat glaube ich, dass das politische Führungspersonal auf ganz neue Weise eine Verantwortungsdiskussion für die Gesellschaft vorgeben muss. Und auch in einer Form von personalverkörperter Autorität. Wir kommen jetzt wieder zu Begriffen, die wir lange aussortiert haben. Wir kriegen nun einen Staat, der nicht der diktatorische Staat, nicht der patriarchale Staat ist, sondern einen Staat, dessen Legitimitätsquelle der Geist der Solidarität ist.

Gabriel: Ja, der handlungsfähig ist, der sein Versprechen auf Schutz folgen lässt. Interessanterweise entwickeln sich die Umfrageergebnisse auch so. Es gibt einen gewissen Rückgang bei den Grünen, auch bei der Linkspartei, es gibt ein bisschen Zulauf zu der klassischen Volkspartei, der Union. Wer auf niedrigem Niveau bleibt und daran nicht partizipieren kann, sind die Sozialdemokraten. Aber es zeigt sich schon, dass gut gehändelte Krisen, jedenfalls für die Regierenden, die sichtbar sind, auch positive Folgen haben. Es gibt auch eine negative Folge, nämlich die Feststellung, dass globale Gesellschaften verletzbar sind. Es besteht die Sorge, dass jene, die die Rückkehr zum Nationalismus predigen, sich in den täglichen Bildern bestätigt fühlen: Wir schließen Grenzen, wir schotten uns ab. Ist das eine Gefahr?

Bude: Ich sehe eindeutig die Tendenz einer gewissen Deglobalisierung. Diese Entwicklung gibt es schon seit sechs bis acht Jahren. Die Wahl des amerikanischen Präsidenten, der eine Idee exklusiver Solidarität verspricht, ist ein Ausdruck davon. Ich glaube aber, dass die Deglobalisierung nicht diese dramatischen Formen annehmen wird. Ich sehe eher im Zentrum eine neue Generation, die Millennials. Die haben ihre Kinder zu Hause, beide Partner arbeiten, und sie haben auch noch die isolierten Eltern. Für die ist diese Situation eine große Bewährungsprobe. Ich glaube, wir werden in den gesamten westlichen Gesellschaften eine neue Deglobalisierungsdebatte haben, die nicht unbedingt nationalistisch ist. Es wird eher der Versuch sein, in Kleinteiligkeit zu experimentieren. Eine Betonung der Idee des Schutzes, nicht so sehr der Freiheit. Geschützte Freiheit ist, glaube ich, das große Thema. Und die Politik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie das Thema des Schutzes mit dem Thema der Freiheit in einer für diese Generation akzeptablen Weise zusammenfügt.

Gabriel: Sehen Sie in Amerika und in Europa große Unterschiede in den Reaktionen auf die Krise?

Bude: Ich habe den Eindruck, dass die Millennials in den USA sich in einem relativ aggressiven Verteidigungsdiskurs befinden. Vor allen Dingen dann, wenn sie akademisch gebildet sind. Das ist die Sanders-Fraktion, die zum Teil ein blankes Systemmisstrauen hat. Das haben wir so in Deutschland nicht. Wir haben eher eine Verlagerung und eine Externalisierung von Sorgen und Misstrauensmotiven, zum Beispiel auf die ökologische Frage. Das, glaube ich, wird sich nicht auf Dauer aufrechterhalten lassen. Wir haben eine Art Einbruch von Realität in die leiblich-körperliche Existenz von uns als Gesellschaftsmitgliedern, nicht nur als Individuen. Das wird Folgen haben, da bin ich mir ganz sicher.

> „Geschützte Freiheit ist das große Thema.“ Heinz Bude

Gabriel: Glauben Sie, wir werden in den gesellschaftlichen Reaktionen eher den USA folgen?

Bude: Nein, das glaube ich nicht. Was ich im Augenblick beobachte, ist ein fast sehnsüchtiger Blick nach Italien, in eine Gesellschaft, die von Balkon zu Balkon Lieder singt und sich damit tröstet. Es wird nicht die Verkaltung des Einzelnen geben. In den USA sehe ich so eine Tendenz.

Deißner: Herr Bude, Sie behandeln in Ihrem Buch sehr ausführlich das Thema der politischen Moderation von kollektiven Angstzuständen und zitieren aus der berühmten Rede von Franklin D. Roosevelt: "The only thing we have to fear is fear itself." Wie ordnen Sie derzeit den politischen Umgang mit dieser Verunsicherung, mit dieser Angst ein?

Bude: Der Satz von Roosevelt ist deshalb so interessant, weil er sagt, ich kann euch nicht eure Ängste nehmen. Ich kann euch nur die Angst vor euren Ängsten nehmen. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt der reflexiven Affektkommunikation, die heute nötig ist. Nicht Ängste zu denunzieren, übrigens auch nicht Panikphänomene. Panik ist eine rabiate Form des Egoismus. Jeder versucht, sich zu retten. Ich neige auch nicht dazu, auf Leute zu zeigen, die mit drei großen Paketen Klopapier durch die Gegend rennen, und zu sagen, was sind das für furchtbare Leute. Sondern zu sagen, das ist ein Angstausdruck. Ich glaube, die Zivilisierung, die wir uns im Augenblick leisten, ist, dass wir uns über Ängste unterhalten können. In diesem Diskurs der Angst spielt plötzlich so etwas wie ein common sense wieder eine Rolle. Vom politischen Führungspersonal brauchen wir eine Moderation, die nicht denunziatorisch ist.

Deißner: Herr Bude, hat sich durch die Digitalisierung die Verbreitung von Angstwellen verändert?

Bude: Das spielt sicherlich eine Rolle. Weil es ein ganz anderes Verstärkungsmedium darstellt, ein demokratisches Verstärkungsmedium, wo jeder alles sagen und natürlich seine Leute finden kann, die das hören wollen. Das ist ein Effekt, den das Netz hat, das kann man beklagen, aber es ist nun mal so. Ich glaube, dass das für die Affektbeherrschung nicht so wesentlich ist. Die Leute sollen sich zwar einerseits erregen, aber sie sollen dann auch wieder Ruhe finden. Doch die Forschung zeigt, dass alle Affektregulierung immer noch face-to-face basiert ist.

Deißner: Herr Gabriel, an Sie noch eine Frage zum Abschluss. An Amtsträger, an aktive Politiker wenden sich ja Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ängsten und Sorgen. Wie geht man damit um, dass man vielleicht keine Orientierung geben kann?

Gabriel: Wir hatten ja in der Wahlperiode 2013 bis 2017 vier die Politik schwer betreffende Krisen. Die eine war der Einmarsch der Russen auf der Krim und der Krieg in der Ostukraine, die andere die Krise in Griechenland, und daraus wuchs eine ganze Eurokrise und am Ende die Flüchtlingskrise. Ich glaube, dass es in der Tat personeller Führung bedarf, das erwarten die Leute auch. Es gibt nicht die Politik oder die Regierung, sondern es gibt einige wenige handelnde Personen, die, wenn sie in die Öffentlichkeit gehen, zwei Dinge tun müssen. Sie müssen erstens eine angemessene Beschreibung dessen vornehmen, was auf uns zukommt, und zweitens auch angemessene Reaktionen präsentieren. Eine reine Beschreibung der Krise lässt die Leute eher ratlos zurück. Ich finde, wirklich vorbildlich macht das der bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Er vermittelt, dass es darauf ankommt, dass vorne jemand ist, der auf dem Kompass zeigt, wo Norden ist, damit Menschen sich daran ausrichten können.

> "Eine reine Beschreibung der Krise lässt die Leute eher ratlos zurück." Heinz Bude

Deißner: Vielen Dank an Sie beide, lieber Herr Professor Bude, lieber Herr Gabriel. Ihnen beiden gute Gesundheit. Und vielen Dank an unsere Zuhörerinnen und Zuhörer.

“We Can Do Better Than We’re Doing Now”

Seit Beginn der Pandemie hat die Atlantik-Brücke Gespräche mit Expertinnen und Experten auf beiden Seiten des Atlantiks zum Umgang mit der Krise geführt.

Professor Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der Deutschen Wirtschaft, stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke, im gemeinsamen Podcast von Atlantik-Brücke und Aspen Institute Germany am 20. März 2020

> ” Wir haben in Europa unverändert eine solidarische Aufgabe.“
>
> Michael Hüther

Michael Hüther: „Das ‚whatever it takes‘ der Staatsschuldenkrise, damals durch Draghi als EZB-Präsident geäußert, muss dieses Mal von der Finanzpolitik geäußert werden. Und das ist ja in Deutschland – und nicht nur hier – auch geschehen. Man hat das Programm für Liquiditätsüberbrückungen durch Kurzarbeitergeld, Steuerstundungen, durch all diese Dinge in Gang gebracht, die richtig und wichtig sind. Wir haben in Europa unverändert eine solidarische Aufgabe. Europa ist ungleich betroffen. Und einzelne EU-Staaten sind finanzpolitisch nicht so aufgestellt, um das einfach so stemmen zu können. Die EZB hat daraufhin mit ihren Interventionen und dem PEPP reagiert. Nun aber muss fiskalisch angemessen gehandelt werden, ohne dass bestehende Institutionen wie das ESM oder die EZB beschäftigt oder grundsätzliche Lösungen gewählt werden wie die Kreditaufnahme im EU-Haushalt. Deshalb ist ein Europäischer Hilfsfonds geboten, einmalig, mit einer fixen Summe, nur zu Bewältigung der Corona-Folgen und finanziert durch eine lang laufende Gemeinschaftsanleihe, die aus künftigen EU-Haushalten bedient und getilgt wird.“

Dr. John Lipsky, Peter G. Peterson Distinguished Scholar, Henry A. Kissinger Center for Global Affairs at Johns Hopkins School of Advanced International Studies, former First Deputy Managing Director, International Monetary Fund, im gemeinsamen Video-Call von Atlantik-Brücke und American Council on Germany (ACG) am 22. April 2020

John Lipsky: "In the global financial crisis, the image and the reality of an attempt to make the policy response coherent added to confidence in the likelihood of success. So if the G20 had never been created and there had been no clear coordinated agenda, but everyone had just done the measures they did anyway, I don't think they would have been as effective as they were, in fact. It seems to me to allow this clear opportunity for collaboration in the face of a very global challenge. To let that slip away would mean to forfeit a lot of the ability of policy makers to help build confidence, which I think will be absolutely critical in the recovery phase because there will be continued big challenges of many kinds. The notion that there is a plan and everybody is pulling things together in this plan could be very important."

Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke, im gemeinsamen Video-Call von Atlantik-Brücke, MSC und Eurasia Group am 27. April 2020

Wolfgang Ischinger: "For the last 50 years, the EU's main focus was to regulate how we do business among each other, what kind of food can be exported, what kind of trade relations exist. I think that the result of the current crisis can be a European Union that focuses more strongly on protecting its citizens from outside threats, whether it is pandemics, threats to energy security, military aggression, terrorism and transborder crime, etc. A Europe that protects, not a Europe that regulates. If we get it right, this crisis can also help create a European Union that will be more capable of being a credible international actor at a moment when the United States increasingly refuses to take responsibility for what's going on in Europe. You cannot expect the U.S. to be the mentor and master of Europe for the next 100 years. We need to get our act together ourselves."

> "You cannot expect the U.S. to be the mentor and master of Europe for the next 100 years." Wolfgang Ischinger

Ian Bremmer,
President, Eurasia Group,
im gemeinsamen Video-
Call von Atlantik-Brücke,
MSC und Eurasia Group
am 27. April 2020

Ian Bremmer: "To the extent that the United States is absent, it's most absent internationally. It's a big difference for me looking at the scale of this crisis compared to 2008/2009 to see just how little leadership there is. Right before the corona virus became a pandemic, the Munich Security Conference was talking about 'Westlessness.' You couldn't have a better example of 'Westlessness' than the response we are not seeing globally, from the U. S. and Europe, to the largest crisis we've had since World War II."

Ambassador Nicholas Burns,
Roy and Barbara Goodman
Family Professor of the
Practice of Diplomacy and
International Relations,
Harvard's Kennedy School of
Government, im Video-Call
der Atlantik-Brücke am
16. April 2020

> "There is really no leadership bringing us together in this crisis." Nicholas Burns

Nicholas Burns: "It's obvious to me that every government had an obligation to turn inward first and take care of its own citizens. This makes perfect sense. But there has to be a global dimension because we have a self-interest and an obligation to work with each other. There has to be an equitable search for the vaccine, and when a vaccine is found, we have to share it equitably. That is going to be a challenge. We need to have an adequate sharing of data from all countries, particularly from China. We need to do better, that is a global challenge. And I think Trump was wrong to suspend funding for the WHO in the middle of the pandemic. But when the pandemic is over, we are going to have to assess what worked well and what did not work well. […] And certainly, we have to work together on the global recession as we did in 2008 and 2009 in the G20. That was very effective. We are not doing that now. Where is the leadership from China, the United States, even the EU? There is really no leadership bringing us together in the G20 or even the G7 in this crisis. All of us across the globe have an interest in working together. We can do better than we're doing now."

Professor Joseph Nye, University Distinguished Service Professor, Emeritus and former Dean of the Harvard's Kennedy School of Government, im Video-Call der Atlantik-Brücke am 8. April 2020

Joseph Nye: "The key question when we talk about morals and international politics is not, does a leader defend the national interest. Of course, he or she must. It's how does he or she define the national interest. And right now, America is torn in two directions on that question. The question how broadly defined national interest is, that is where leadership comes in. If you go back to the early stages of the period after 1945 and you look at the actions by people like Roosevelt, Truman or Eisenhower, they defined American interests, but they also defined them in ways that included others. So, you had something like the Marshall Plan, which was obviously good for America but was good for Europe at the same time. […] I hope to see an increased awareness that it's in our interest to be doing more for other countries. I particularly worry about the fact that in earlier pandemics such as in 1918, it came in different waves. We may find out that after we think this wave of the pandemic is solved that a second wave will come. And the second wave may actually come from the South, which will overflow back into the Northern Hemisphere. If we were to give major funds to help those poorer countries deal with their public health systems and with Covid in particular, that would be in our interest as well as a humanitarian gesture."

> "I hope to see an increased awareness that it's in our interest to be doing more for other countries."
>
> Joseph Nye

Professor Dr. Andreas R. Dombret, Global Senior Advisor, Oliver Wyman, Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank a. D., Schatzmeister der Atlantik-Brücke, im gemeinsamen Video-Call von Atlantik-Brücke und ACG am 22. April 2020

Andreas R. Dombret: "What we see in Europe is that value chains did break down, not all of them but some of them. It started with the Chinese economy. In the meantime, the Chinese economy is being revitalized and employees have gone back to work. Now, there are for example German companies in the value chain which are not performing because

of the lockdown. The need to be more independent from China is clearly there. But it is easier said than done. We are living in a world of globalization, in a world of shared practices. You can try to change that in very important areas like healthcare. But that's not something you can correct, at least from my point of view, overnight."

Ambassador John B. Emerson, Chairman, American Council on Germany, und Bundesminister a. D. Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, im gemeinsamen Video-Call von Atlantik-Brücke und ACG am 9. April 2020

> "This whole crisis has created an increased gravitational pull towards nationalism."
>
> John B. Emerson

John B. Emerson: "This whole dynamic of the West not coming together in the ways it has in the past is one of the consequences of this move towards nationalism that we have seen in many parts of the world, including the United States with 'America first.' [...] And as this has been developing, China is only too eager to come in and fill that vacuum. This whole crisis has created an increased gravitational pull towards nationalism. Yet, if you think about the crises that we have faced globally – whether it's a pandemic, climate change, a massive cyber-attack, the movement of displaced people throughout the world, or nuclear proliferation – none of these things respect national borders. They are all crises and they can only be successfully addressed if we come together and work together."

Sigmar Gabriel: "Why is everybody in Europe asking for American leadership? Because for over the last 75 years we have had this leadership. It has been a part of our experience. So, it's a very positive and emotional signal that people are asking for American leadership because they are remembering how strong the Western alliance was when America took the lead. The United States is a big and powerful country. Imagine there was an American president who would give a State of the Union speech and say that his country was joining hands to try whatever it could do in its power to produce the necessary equipment not for the United States alone, but for other parts of the world as well. That would be a tremendous signal of leadership to the world. I think Europe could do the same and should not wait at this point for American leadership. We can ask the Americans, we can even ask the Chinese and the Russians and others 'what should we do, what's our common analysis of the crisis and what's our answer, what's our support, especially for the developing world.' It is in our own interest."

Ambassador Victoria Nuland, former Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs, U.S. State Department, Senior Counselor, Albright Stonebridge Group, und Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied im Vorstand der Atlantik-Brücke, im gemeinsamen Video-Call von Atlantik-Brücke und ACG am 14. Mai 2020

Victoria Nuland: "We in the United States would have done far better in this crisis if we had been working with allies and partners on everything from stockpiling medical equipment in December and January, to putting money jointly into virus research and testing and coordinating our fiscal and monetary stimulus as we did in the wake of the financial crisis across both Republican and Democratic administrations. More broadly, the U.S. has a very strong track record of global leadership since the end of World War II, and we have not only been absent from the field, we have been completely selfish. And selfish even in basic things, like not dropping the tariffs that we have on Europe so that we can all work together on economic recovery. I am in a very critical place, but I do not think that this is irreversible, nor do I think we have frayed the relationship and the institutions that bind us to the point of breaking."

> "We in the United States would have done far better in this crisis if we had been working with allies and partners." Victoria Nuland

Omid Nouripour: "It's obvious that the transatlantic relationship is unbreakable because it's about a people to people relationship, it's about civil society. We in Germany know that we have benefited greatly from this partnership over the last decades. Of course, we know that there are huge challenges our alliance is facing that were even there before the pandemic. Now we have a worldwide crisis. And we have to pick up the banner of liberalism and democracy against those who try to prove that the efficiency of the Chinese system is the better way of dealing with this crisis, which is definitely not true."

Jahres-chronik der Atlantik-brücke

2019

11. Juni 2019	Opening Dinner zur Deutsch-Amerikanischen Konferenz. DZ Bank, Berlin
12. Juni 2019	Pressegespräch im Rahmen der Deutsch-Amerikanischen Konferenz mit Prof. Dr. Galina Kolev, Senior Economist, Leiterin der Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, Institut der Deutschen Wirtschaft. AXICA Kongress- und Tagungszentrum, Berlin
12. Juni 2019	Deutsch-Amerikanische Konferenz in Kooperation mit dem American Council on Germany. AXICA Kongress- und Tagungszentrum, Berlin
12. Juni 2019	Empfang für die Young Leaders-Alumni. Bloomberg, Berlin
16.–22. Juni 2019	Transatlantische Lehrerreise durch Deutschland. Berlin, Dresden und Hamburg
17. Juni 2019	Regionalgruppe London „Start Again: Scenarios for the UK and Its International Relations in a Post Brexit World“ mit Philip Collins, Columnist, „The Times“, former Chief Speech Writer of Tony Blair. Privathaus Constantin und Amelie Beier, London
18. Juni 2019	Lunch Discussion mit Bundesminister a. D. Sigmar Gabriel, MdB (SPD). Noerr LLP, Berlin
20. Juni 2019	Lunch Discussion „Cheerful Multilateralism – Reflections on Germany’s Disregard for Security“ mit Kenneth R. Weinstein, President and CEO, Hudson Institute. Latham & Watkins LLP, Hamburg
26. Juni 2019	Mitgliederversammlung & Gartenfest. Deutsche Bank und Magnus-Haus, Berlin
27. Juni 2019	Frühstücksgespräch mit Botschafter a. D. Richard Burt, früherer amerikanischer Botschafter in Deutschland, in Kooperation mit Berlin Global Advisors (BGA) und McLarty Associates. Hotel Das Stue, Berlin
03.–09. August 2019	Deutsch-Amerikanische Young Leaders-Konferenz. Wye River Conference Center, Queenstown, Maryland, USA
06. August 2019	Young Leaders Night Out. Watergate Hotel, Washington, D.C.
12. August 2019	Dinner Discussion mit Andreas Fibig, Chairman, German Academy New York, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Brasserie 8 ½, New York City
05. September 2019	Frankfurter Sommerfest mit Stéphane Dion, Botschafter von Kanada. Haus Metzler, Frankfurt am Main

06. September 2019	Veranstaltung anlässlich des 36. Annual Congress-Bundestags-Seminars mit Gastredner Staatssekretär Christian Lange, BMFJV, MdB (SPD), Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke. Westlake Partners, Berlin
16. September 2019	Lunch Discussion „Stresstest Brexit – Transatlantische Beziehungen und die Neuorientierung Europas“ mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Carlton Club, London
17. September 2019	Transatlantischer Dialog auf der IAA, Keynote: Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, Panel: Eckart von Klaeden, Leiter Politik und Außenbeziehungen, Daimler AG, Frank Riemensperger, Vice President, AmCham Germany, und Vorsitzender der Geschäftsführung, Accenture, und Philipp Jung, General Manager, HP. IAA, Frankfurt am Main
18. September 2019	Frühstücksgespräch „Cryptocurrencies: Implications for Terrorist Financing, Sanctions, and the Global Economic Order“ mit Yaya J. Fanusie, Adjunct Fellow, Center on Economic and Financial Power, Foundation for Defense of Democracies. Quadriga Forum, Berlin
20. September 2019	Transatlantic Call „The Wall: U. S. Migration Policy in the Discussion“ mit Blas Nunez-Neto, Senior Policy Researcher, RAND Corporation
28. September 2019	Oktoberfest, Atlantik-Brücke-Wies`n Tisch, Gastgeber und Organisation: Dr. Christian Nordholtz und Dr. Caspar Schauseil. Käfer-Zelt, München
30. September 2019	Oktoberfest, gemeinsamer Wies`n-Tisch von Atantik-Brücke und ACG, Gastgeber und Organisation: Dr. Dominik Pförringer und Dominik Stühler. Marstall Festzelt, München
2. Oktober 2019	Get-together auf Einladung von Benjamin Vogt, President der Friends of Atlantik-Brücke, mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Serengeti Asset Management, New York
2.–3. Oktober 2019	USA-Antrittsreise von Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. New York, Washington, D. C.
11. Oktober 2019	Frankfurt Luncheon „U. S.-European Relations and the Resurgence of Great-Power Competition“ mit Dr. Andrew A. Michta, College of International and Security Studies, George C. Marshall European Center for Security Studies. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

12.–19. Oktober 2019	Transatlantische Lehrerreise USA, in Kooperation mit Cultural Vistas Miami, North Carolina und Washington, D.C., gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus. Die Reise war Teil des „Deutschlandjahres USA“
18. Oktober 2019	Frühstücksgespräch „Pan European Public Opinion Study Towards Democracy, Market Economies and the EU“ mit Laura Silver, Senior Researcher, Pew Research Center. WilmerHale, Berlin
27. Oktober – 01. November 2019	Mitgliederreise USA. Boston, Massachusetts, und Washington, D.C.
04. November 2019	Transatlantic Call „Never-ending War and Chaos: Turkey's Role in Syria and the EU's Response“ mit Joshua Walker, Global Head of Strategic Initiatives, Eurasia Group
07. November 2019	Frühstücksgespräch „Toward a Common Threat Perception: An American Perspective on European Security“ mit General Philip M. Breedlove, ehem. SACEUR, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Magnus-Haus, Berlin
08. November 2019	Frankfurt Luncheon „November 2020: Eine Bestandsaufnahme ein Jahr vor der US-Wahl“, Gastredner: Martin Bialecki, Chefredakteur, „Internationale Politik“. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main
29. November 2019	Frühstücksgespräch „Trudeau 2.0: Implications of the 2019 Federal Election on Canadian Politics“ mit Stéphane Dion, Botschafter von Kanada. Magnus-Haus, Berlin
04. Dezember 2019	Panel-Diskussion „Rebound“ mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Dirk Nowitzki, ehem. Basketballstar, Kooperationsveranstaltung mit dem „Tagesspiegel“, ING und der Atlantik-Brücke. Allianz Forum, Berlin
09. Dezember 2019	Dinner Discussion „Differences in Transatlantic Attitudes Toward Free Speech“ mit James Kirchick, Visiting Fellow, Brookings Institution. Café Einstein, Berlin
11. Dezember 2019	Frühstücksgespräch „Ausblick 2020“ mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke. Magnus-Haus, Berlin
11. Dezember 2019	Regionalgruppe London, Empfang und Führung durch das Londoner Mithraeum
18. Dezember 2019	Regionalgruppe Frankfurt, Weihnachtsessen mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Luftwaffenattaché Colonel Jill Long. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

2020

14. Januar 2020 Transatlantic Call „The El Paso Experience: A First Test for New Community Policies“ mit Congresswoman Veronica Escobar (D-TX) im Gespräch mit Michael Werz, Senior Fellow, Center for American Progress, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke

15. Januar 2020 Neujahrsempfang. Privatwohnung Henning von Oertzen, Berlin

25. Januar 2020 Young Leaders Alumni New Year’s Reunion. Hirschburg, Königswinter

27. Januar 2020 „Vorstellung des Edelman Trust Barometers 2020“ mit Richard Edelman, CEO Edelman; Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Bundesminister a. D. und stellv. Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke. Hotel Adlon, Berlin

30. Januar 2020 Workstream Digitalisierung „Building Digital Bridges“ mit Hildegard Müller, Präsidentin des VDA, und Dr. Jörg Dräger, Mitglied des Vorstands, Bertelsmann Stiftung, Moderation: Ute Wolf, Finanzvorstand, Evonik Industries AG, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke, Begrüßung: Anahita Thoms, Partner, Baker McKenzie, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke. McKinsey, Düsseldorf

06. Februar 2020 Vortrag vor Schülerinnen und Schülern der Louise-Otto-Peters-Schule von Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft, stellv. Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Leipzig

06. Februar 2020 Regionalgruppe Ostdeutschland „Sächsische Wirtschaft und transatlantische Kooperation“, Gastredner: Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft, stellv. Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Freistaat Sachsen, Moderation: Dr. Jan Boehm, Global Head Government und Public Affairs, N26 GmbH. Club International e. V., Leipzig

10. Februar 2020 Buchvorstellung „The Human Odyssey – East, West and the Search for Universal Values“ von Lord Stephen Green, im Gespräch mit Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP). Magnus-Haus, Berlin

11. Februar 2020 Workstream Außen- und Sicherheitspolitik „Amerika und das Europa der Verteidigung: Der Wehrbeauftragte im Gespräch“ mit Dr. Hans-Peter Bartels. Magnus-Haus, Berlin

13. Februar 2020 Dinner Discussion @ MSC „Global Challenges and the Future of Transatlantic Defense Cooperation“ mit Kay B. Hutchison, Ständige Vertreterin der USA bei der NATO, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Hotel Bayerischer Hof, München

14. Februar 2020 Exklusives Atlantik-Brücke-Side-Event im Rahmen der MSC mit Mark Zuckerberg, Gründer und CEO, Facebook, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke. Hotel Bayerischer Hof, München

14. Februar 2020 Frankfurt Luncheon „Entering the Battleground: Eine republikanische Perspektive auf das US-Wahljahr 2020“ mit Ralph Freund, Vizepräsident, Republicans Overseas Germany. Frankfurter Gesellschaft, Frankfurt am Main

05. März 2020 Roundtable Discussion „Connected Leadership in a Complex Environment“ mit General Jeffrey L. Harrigian, Commander of United States Air Forces in Europe and Air Forces Africa und Commander of Allied Air Command. Magnus-Haus, Berlin

20. März 2020 Transatlantic Call „Die Agenda Covid-19: Implikationen für eine neue globale Krise“ mit Prof. Dr. Alexander Kekulé, Inhaber des Lehrstuhls für Medizinische Mikrobiologie und Virologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie des Universitätsklinikums Halle (Saale), im Gespräch mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und David Deißner, Geschäftsführer der Atlantik-Brücke

25. März 2020 Workstream Digitalisierung, Videokonferenz „Cybersecurity Roundtable: 5G as a Challenge for Transatlantic Relations“ mit Joakim Reiter, External Affairs Director, Vodafone Group, Prof. Dr. Gerhard Fettweis, TU Dresden, und Elbridge Colby, Principal and co-founder, The Marathon Initiative, former Deputy Assistant Secretary of Defense, U. S. Department of Defense

08. April 2020 Workstream Außen- und Sicherheitspolitik, Videokonferenz „Do Morals Matter? – A Transatlantic Perspective on Ethics in Government Decision-Making“ mit Prof. Dr. Joseph Nye, University Distinguished Service Professor, Emeritus und former Dean of the Harvard’s Kennedy School of Government, Harvard University, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke

09. April 2020 Video-Panel mit John B. Emerson, Vorsitzender des ACG und ehem. US-Botschafter in Deutschland, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke

16. April 2020 Video-Panel „The Effects of Covid-19 on Transatlantic Politics“ mit Ambassador Nicholas Burn, Professor of Diplomacy and International Politics, Harvard Kennedy School of Government, und Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke

22. April 2020 Virtual German-American Conference „Covid-19 and the Mess it Creates for the Global Economy“ mit Dr. John Lipsky, Peter G. Peterson Distinguished Scholar, Henry A. Kissinger Center for Global Affairs at Johns Hopkins School of Advanced International Studies, Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, und Prof. Dr. Andreas Dombret, Global Senior Advisor, Oliver Wyman, Schatzmeister der Atlantik-Brücke. In Kooperation mit dem ACG

27. April 2020 Video-Panel „A Transatlantic Conversation on the Geopolitical and Business Effects of Covid-19“ mit Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke, Ian Bremmer, President, Eurasia Group, und Botschafter Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz und Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke. In Kooperation mit der Eurasia Group und der Münchner Sicherheitskonferenz

14. Mai 2020 Virtual German-American Conference „Global Order in Crisis Mode – Coping Strategies of the West“ mit Ambassador Victoria Nuland, former Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs, U. S. State Department, Senior Counselor, Albright Stonebridge Group, und Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), außenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Mitglied des Vorstands der Atlantik-Brücke

20. Mai 2020 Video-Panel „Exclusive Presentation of Edelman Trust Barometer 2020 – Spring Update COVID-19“ mit Christiane Schulz, CEO, Edelman Germany, Ed Williams, President and CEO, Edelman EMEA, und Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor und Mitglied des Präsidiums, Institut der deutschen Wirtschaft, stellv. Vorsitzender der Atlantik-Brücke

21. Mai 2020 Virtual German-American Conference „Did We Miss the Warning Signals? – Global Trends and New Security Threats“ mit Botschafter Boris Ruge, stellv. Vorsitzender, Münchner Sicherheitskonferenz, und Gregory F. Treverton, Professor of the Practice of International Relations and Spatial Sciences at the University of Southern California and former Chairman of the National Intelligence Council. In Kooperation mit dem ACG

26. Mai 2020 Workstream Außen-und Sicherheitspolitik, Video-Panel „Beyond Location: Germany’s Debate on NATO’s Nuclear Sharing Agreement“ mit Ben Hodges, Pershing Chair, Center for European Policy Analysis (CEPA), und Prof. Dr. Götz Neuneck, Senior Research Fellow, IFSH, Professor, MIN-Fakultät, Universität Hamburg

28. Mai 2020 Video-Panel „Tech to the Rescue? What Can the Technology and Innovation Ecosystem Bring to the Current Covid Crisis?“ mit Linus Dahlander, Professor and Lufthansa Group Chair in Innovation, ESMT, Joann Halpern, Director, Hasso Plattner Institute New York, Shaun Stewart, CEO, Newlab, and Gülsah Wilke, Head of Portfolio, Operations and Business Development, Axel Springer SE. In Kooperation mit ESMT und GIANT Innovation

Impressum

Herausgeber
Atlantik-Brücke e.V.,
Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin

Redaktionsleitung
Katharina Draheim, Dr. David M. Deißner (verantw.)

Projektleitung
Katharina Draheim

Mitarbeit
Robin Fehrenbach, Tobias Luthe, Maximilian Weck

Verlag
TEMPUS CORPORATE GmbH –
Ein Unternehmen des ZEIT Verlags
Büro Berlin: Alt-Moabit 94, 10559 Berlin
Büro Hamburg: Helmut-Schmidt-Haus,
Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg

Geschäftsführung
Jan Hawerkamp, Kai Wutte

Projektleitung
Yvonne Baumgärtel

Artdirection & Layout
Susanne Kluge

Lektorat
Dr. Katrin Weiden (dt.), Lisa Wicklund (engl.)

Herstellung
Tim Paulsen, Dirk Woschei

Repro
twentyfour seven, creative media services gmbh,
Dorotheenstraße 3, 10117 Berlin

Druck
G. Peschke Druckerei GmbH
Taxetstraße 4, 85599 Parsdorf b. München

Bildnachweis

Umschlag:	Kai Müller
Lesezeichen:	Kai Müller
S. 02:	Maurice Weiss, Kai Müller
S. 06:	Schmidt Futures
S. 13–17:	Yehuda Swed / SeeSaw
S. 19–25:	Thomas Trutschel/Photothek
S. 27–31:	Kristoffer Tripplaar
S. 33–35:	Stefan Krutsch
S. 37:	Foundation for Defense of Democracies (FDD)
S. 39–41:	Anna Maciejowski / Atlantik-Brücke
S. 42:	Deutsche Bank, MSC/Niedermüller, Stefan Krutsch
S. 43:	Anika Dollmeyer, Anne Preussel / Photothek
S. 44:	Katharina Draheim / Atlantik-Brücke, David Deißner/Atlantik-Brücke
S. 45:	Tobias Luthe / Atlantik-Brücke, Maximilian Weck/Atlantik-Brücke, David Deißner / Atlantik-Brücke
S. 47–51:	Katharina Draheim / Atlantik-Brücke, United States Department of Defense (S. 50 unten)
S. 53–55:	Janine Schmitz / Photothek
S. 57–59:	Katharina Draheim / Atlantik-Brücke
S. 61:	Thomas Köhler / Photothek
S. 63–65:	Carlos Albuquerque/pixel&korn
S. 67–69:	Anika Dollmeyer
S. 70:	Deutscher Bundestag
S. 75–77:	MSC / Müller
S. 82:	Anika Dollmeyer
S. 83:	Screenshots Video-Calls
S. 84:	Eurasia Group, Screenshot Video-Call
S. 85:	Screenshot Video-Call
S. 86:	Screenshot Video-Call, MSC / Kuhlmann
S. 87:	Screenshot Video-Call

Gremien

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Vorsitzender:
Bundesminister a. D. Sigmar Gabriel, Berlin

Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
Bundesminister a. D. Dr. Norbert Röttgen, MdB (CDU/CSU),
Deutscher Bundestag, Berlin

Schatzmeister:
Prof. Dr. Andreas Dombret, Oliver Wyman, New York,
Mitglied a. D. des Vorstands der Deutschen Bundesbank

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

WEITERE VORSTANDSMITGLIEDER

Kai Diekmann, Storymachine, Berlin
Angelika Gifford, Facebook, München
Dr.-Ing. Jürgen Großmann, Georgsmarienhütte Holding, Hamburg (kooptiert)
Reiner Hoffmann, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Berlin
Botschafter Wolfgang Ischinger, Münchner Sicherheitskonferenz, München
Alexander Graf Lambsdorff, MdB (FDP), Deutscher Bundestag, Berlin
Staatssekretär Christian Lange, MdB (SPD), BMJV, Berlin
Eveline Metzen, American Chamber of Commerce in Germany, Frankfurt am Main
James von Moltke, Deutsche Bank, Frankfurt am Main
Omid Nouripour, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Deutscher Bundestag, Berlin
Julie Linn Teigland, EY, Mannheim
Anahita Thoms, Baker McKenzie, Düsseldorf
Friederike von Tiesenhausen Cave, Bloomberg, London
Karsten Uhlmann, Frankfurter Brauhaus, Frankfurt (Oder)
Dr. Nagila Warburg, Stiftung Warburg Archiv, Hamburg
Dr. Michael Werz, Center for American Progress, Washington, D. C.
Ute Wolf, Evonik Industries, Essen

(Stand: Mai 2020)

Geschäftsstelle

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Geschäftsführer:
Dr. David M. Deißner

Assistentin der Geschäftsführung:
Mira Walter

Assistentin des Vorsitzenden,
Programmmanagerin,
Buchhaltung / Mitgliederbetreuung:
Jenny Koch

KOMMUNIKATION UND DOKUMENTATION

Leiterin Kommunikation:
Katharina Draheim

Leiter Analyse und Dokumentation:
Robin Fehrenbach

PROGRAMME

Leiterin Programme und
Transatlantische Partnerschaften:
Anna Maciejowski

Programmmanager, Verantwortlicher Controlling,
Leiter Young Leaders-Programm und
Workstream digitale Transformation:
Christopher Becker

Programmmanager Außen- und Sicherheitspolitik:
Peter Eitel

Program Associate:
Nicole Lorenz

(Stand: Mai 2020)

Atlantik-Brücke e.V. · Magnus-Haus · Am Kupfergraben 7 · 10117 Berlin · info@atlantik-bruecke.org